



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 59 Mai/1 2023

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Salome Billy

Ein Gedanke, der mich schon lange Zeit nicht loslässt,
was sich in Worten etwa so ausdrückt:

**Überbevölkerung – Krebskrankheit der irdischen Menschheit.
Wenn aber die Gehirne der Menschen vom religiösen Glauben
geheilt werden, dann wird auch der Krebs besiegt.
Liebe Grüsse, Johann**

Die Bibel als moralischen Leitfaden zu bezeichnen, ist ein Affront gegen den Anstand und die Würde der Völker, es bedeutet, den menschlichen Intellekt lächerlich zu machen, es ist eine Verhöhnung und Unterschätzung.

**Die Wahrheit wohnt nicht dort, wo man ihr Tempel gebaut und Priester ordiniert hat.
Die Zivilisation des Planeten Erde wird erst dann Vollkommenheit und wahren Frieden erreichen, wenn der letzte Stein der letzten Kirche auf den letzten Priester, Pastor, Bischof, Papst gefallen ist und sie vernichtet hat und der Planet Erde völlig frei ist von diesem schmutzigen, verlogenen und schändlichen verfluchten Haufen religiöser Diebe und Herumtreiber aller Farben, Flaggen und Konfessionen, die die**

Menschheit der Erde versklaven. Religion ist der WAHRE TÖDLICHE KREBS des gesamten Planeten Erde. Religionen und Politik zusammen sind die WAHRE Ursache Nummer Eins aller BLUTGEFÄHRDETEN Kriege.

Eines Tages wird die sogenannte «heilige» Geschichte bei dem Namen genannt werden, den sie verdient: **Verfluchte Geschichte**; die Worte «Gott», «Allah», «Jehova», «Erlöser», «Bibel», «Torah», «Qu'ran oder Koran», «Mormone», «Pfingstler», «Erlöser», «evangelisch», «Evangelium», «Gläubiger», «Täufer», «Maranatha», «Pastor», «Priester», «Bischof», «Papst», «katholisch», «Yeshua», «Yehoshua», «Christus», «Jesus», «Kirche», «Heiliger», «Okkultist», «Channeler», «Esoteriker», all diese Worte werden als Schimpfworte, als Flüche, als Beleidigungen sowie als Spitznamen für extrem gefährliche Kriminelle, Psychopathen und Soziopathen verwendet.

Ein Zitat auch ...

«Ich verurteile das Christentum, ich erhebe gegen alle christlichen Kirchen, gleich welcher Couleur und Konfession, die schwerste Anschuldigung, die je ein Ankläger erhoben hat. Der Christismus ist für mich die grösste aller vorstellbaren Korruptionen, der Christismus hat alle Werte geleugnet und verleugnet, der Christismus hat alle Wahrheit zur Lüge gemacht, hat alle Gerechtigkeit des Geistes zu einer gemeinen Sache gemacht. Ich sage, dass das Christentum der grosse Fluch des Planeten Erde ist, die grosse innere Korruption, der grosse Rachetrieb, für den kein Mittel zu giftig, geheim, unterirdisch, niedrig ist; das Christentum ist und wird immer die grosse ewige Schande der Menschheit sein.» – von Friedrich Nietzsche (1844-1900), dt. Philosoph.

Mikroplastik: Wie winzige Plastikpartikel ins Hirn gelangen

Eine Studie der MedUni Wien zeigt: Mikroplastik kann die Blut-Hirn-Schranke überwinden. Aber was heisst das?

Saalome und herzliche Grüsse und Wünsche für eine gute Gesundheit für dich, mein lieber Freund Billy Meier. Ich liebe dich sehr, mein guter Freund und Berater. 🙏❤️

Von José Barreto Silva, Brasilien.

Donnerstag, 20. April 2023, 17:59 Uhr

Beitrag der deutschen Sängerin Julia Neigel bei Facebook vom 24. März 2023 zum mündlich-vertraglich vereinbarten Ausschluss einer NATO-Osterweiterung

Julia Neigels Beitrag



4.364

386 Kommentare
404 Mal


Gefällt mir


Kommentieren


Teilen

Relevanteste zuerst



Verfasser

Julia Neigel ✓

„Was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten, das heißt, näher an die Grenzen der Sowjetunion heran, wirst es nicht geben.“

Quelle: Hans-Dieter Heumann, Hans-Dietrich Genscher: Die Biografie, Paderborn, 2012, Seite 280

Gefällt mir
Antworten
2 Std.



Stefan Michel

Julia Neigel Der Fehler war, dass leider nichts konkretes schriftlich vereinbart wurde. Gorbatschow war auch zu naiv, um zu glauben, dass das der Westen einhält. Eine große Friedenschance wurde vertan.



Verfasser

Julia Neigel ✓

Stefan Michel Es steht im Protokoll der Verhandlungen, die veröffentlicht sind und Baker und Genscher haben es öffentlich verkündet. Gorbatschow und das heutige Russland durfte darauf vertrauen, da es der Weltöffentlichkeit mitgeteilt worden ist. Das hätte genügen müssen, sonst dürften keinerlei diplomatische Beziehungen in Zukunft auf Protokollen beruhen können. Der Bruch dieser Absprache ist als Missachtung der geopolitischen Sicherheitsabsprachen zwischen der NATO und Russland zu verstehen, da aus dieser Absprache die Wiedervereinigung erfolgte. Die Zusage Genschers und Bakers hatte zur Folge, dass die russischen Alliierten aus dem DDR-Gebiet abzogen und den Weg zur Wiedervereinigung frei machten, sich zudem aus den osteuropäischen Staaten zurückzogen, während die US-amerikanischen Alliierten in der BRD erst einmal verblieben und später ebenso abziehen sollten, was eben dann doch nicht geschah. Der Fehler ist zu glauben, dass Absprachen unter Außenministern nur dann Gültigkeit erlangen, wenn Verträge abgeschlossen werden. Verhandlungen und gemeinsame Entscheidungen, die protokollarisch festgehalten sind, sind ja ebenso Verträge, sonst braucht es keine Außenminister, die mit anderen Staaten Absprachen treffen dürfen.

Gefällt mir Antworten 2 Std. Bearbeitet



Quelle: <https://www.facebook.com/julianeigel> bzw.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=733780554775514&set=a.203751751111733>

Die Kriegsverbrechen der USA und der NATO mit verheerender Uran-Munition

Hwludwig, Veröffentlicht am 1. Mai 2023

Am 11. April 2017 veröffentlichten wir auf diesem Blog einen erschütternden Artikel des Dokumentarfilmers Frieder Wagner über den verheerenden Einsatz von krebserzeugender Uranmunition durch die USA und NATO in Libyen, Irak, Syrien und Jugoslawien – ein gigantisches Kriegsverbrechen, an dem in verseuchten Landstrichen die Zivilbevölkerung über Generationen hinweg an Krebs zu leiden hat, was seit Jahrzehnten permanent verheimlicht wird. Da ist es ein Lichtblick, dass nun über 4000 Bürger Serbiens die NATO beim Obergericht Belgrad verklagt haben. – Doch ist auch jetzt von den NATO-Verbrechern in London Uranmunition an die Ukraine geliefert worden, die damit auch eigenes Land und Bevölkerung verseucht.



Folgen der Uranmunition

<https://rotefahne.mlpd.de/rf0423/rfart11.htm>

Zur Funktionsweise von Urangeschossen

Aus dem Artikel vom 11. April 2017 von Frieder Wagner zitiere ich nachfolgend eine Passage, in der die verheerende Funktionsweise der panzerbrechenden Urangeschosse beschrieben wird:

«Die IS-Krieger in ihren in Mossul 2014 eroberten US-Abrams-Panzern waren tot, bevor sie bei ihrem Einsatz in Syrien den Schuss hörten, so wie die libyschen Soldaten im Krieg 2011, die irakischen Soldaten im Krieg 2003 und 1991 und die Serben im Bosnienkrieg 1995 und im Kosovo 1999. Wie geplant rast das 30mm-Urangeschoss aus dem amerikanischen A-10 Kampfflugzeug mit zweieinhalbfacher Schallgeschwindigkeit auf den Panzer zu, den der Pilot ins Ziel genommen hat. Als das Geschoss auf die Panzerung des geraubten Kampfpanzers trifft, gibt die Aluminiumhülle des Uranprojektils seine verheerende Ladung frei: einen Kern aus abgereichertem, hochgiftigem radioaktivem Uran, einem der dichtesten Stoffe der Welt.

Mit der dreifachen Wucht einer herkömmlichen Granate dringt das Urangeschoss in den Panzer ein, wie ein heisses Messer in ein Stück Butter. Glühender Uranstaub reagiert explosionsartig mit dem Sauerstoff im Inneren des Panzers. Eine Flammenwalze mit einer Temperatur bis zu 5000 Grad Celsius lässt den Angstschrei der Besatzung im Bruchteil einer Sekunde verstummen. Zwei Sekunden lang ist es totenstill. Dann erfasst das Feuer die mitgeführte Munition im Panzer. Eine heftige Explosion trennt den Turm vom Rest des Panzers.

Die Feuersäule, die steil in den Himmel steigt, ist blauschwarz. Weniger als vier Sekunden sind seit dem tödlichen Schuss vergangen, doch die Auswirkungen werden noch zu spüren sein, wenn es in 4,5 Milliarden Jahren – das ist die Halbwertszeit des abgereicherten, radioaktiven Urans – schon längst keine Menschen mehr auf der Erde gibt. Feiner giftiger und radioaktiver Uranstaub legt sich nach der Explosion grossflächig über das Gebiet, strahlt auf Tiere, Pflanzen und Menschen. Er dringt in den Boden ein und vergiftet das Wasser. Viele dieser, durch die extreme Hitze, zu keramisierten, Wasser unlöslichen Nanopartikeln verbrannten Urangeschosse werden vom Wind in die Atmosphäre getragen und wandern um den ganzen Globus – auch nach Europa, auch in die Schweiz. Uranmunition ist im Prinzip eine Ausrottungswaffe. Seit dem Irak-Krieg 1991 kommt sie auch bei der NATO ständig zum Einsatz – mit tödlichen Folgen für die Zivilbevölkerung und die eingesetzten Soldaten. Wer den Friedhof der bosnisch-serbischen Kleinstadt Bratunac nach dem Kosovokrieg von 1999 besucht, dem fällt auf, dass viele Gräber und Grabsteine relativ neu sind. Und wer näher hinsieht, stellte fest, dass sehr viele Sterbedaten aus den Jahren 1996/97 und 1998 sind. Und noch etwas ist bemerkenswert: Viele dieser Verstorbenen stammen aus Hadzici, einem Städtchen 15 Kilometer südwestlich von Sarajevo. Denn Hadzici war Ende August/Anfang September 1995 im sogenannten Bosnienkrieg einer der Orte, die von den NATO-Streitkräften heftig bombardiert wurden, weil die serbischen Streitkräfte dort ein Panzerreparaturwerk und ein grosses Waffen-depot unterhielten. Als nach der Bombardierung die serbischen Militärs eine stark erhöhte Radioaktivität feststellten, war ihnen klar, dass die NATO Uranbomben eingesetzt hatte. Deshalb wurden kurz danach knapp 4000 Bürger von Hadzici nach Bratunac umgesiedelt.

Aber es war zu spät. Die meisten der Umgesiedelten hatten sich schon kontaminiert, und viele starben innerhalb weniger Jahre, oft schon nach 12–15 Monaten an Krebs und Leukämie.»

Seit seiner Dokumentation «Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra», die noch in der WDR-Reihe «Die Story» 2011 ausgestrahlt wurde, erhält Frieder Wagner keine Aufträge mehr vom Öffentlich-rechtlichen Fernsehen.

Bericht über die Klagen der Bürger Serbiens

Mehr als 15 Tonnen Uranbomben wurden 1999 auf Jugoslawien abgeworfen. Über 4000 Bürger Serbiens, einschliesslich des Kosovo und Metohija, verklagen die NATO. Ihre Krebsdiagnosen sind eine direkte Folge der NATO-Bombardierungen auf Jugoslawien im Jahr 1999.

Wir übernehmen mit freundlicher Erlaubnis einen Artikel vom «Schweizer Standpunkt»:

Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Serbiens Klage gegen die Nato

von Natali Milenkovic

Mehr als 15 Tonnen Uranbomben wurden 1999 auf Jugoslawien abgeworfen. Über 4000 Bürger Serbiens, einschliesslich des Kosovo und Metohija, verklagen die Nato. Ihre Krebsdiagnosen sind eine direkte Folge der Nato-Bombardierungen auf Jugoslawien im Jahr 1999.

Im Jahr 2022 begann Srdjan Aleksic, ein Anwalt aus Niš, Serbien, ein Gerichtsverfahren gegen die NATO. Seit Beginn der Beweissammlung in 2017 bis heute haben über 4000 Bürgerinnen und Bürger Serbiens, einschliesslich Kosovo und Metohija, Interesse gezeigt, die NATO zu verklagen, da sie aufgrund ihrer eigenen Krebsdiagnosen und der Diagnosen ihrer Familienangehörigen davon ausgehen, dass diese in direktem Zusammenhang mit der Bombardierung Jugoslawiens im Jahr 1999 stehen, bei der Geschosse mit abgereichertem Uran, sogenannte DU-Munition (depleted uranium) verwendet wurde.

Die NATO hat bereits zugegeben, dass sie über 15 Tonnen Uran über dem Kosovo und Metohija und den südlichen Teilen Serbiens wie Presevo, Bujanovac und Vranje abgeworfen hat.

Als Folge dieser Bombardierungen wird in Serbien jedes Jahr bei mehr als 30'000 Menschen Krebs diagnostiziert, und das in einem Land, in dem vor den Bombardierungen im Jahr 1999 bei weniger als 7000 Bürgern pro Jahr dieselbe Diagnose gestellt wurde. Serbien ist heute das Land in Europa, in dem die meisten Krebsdiagnosen gestellt werden, und das zweithäufigste in der Welt.

Der italienische Anwalt Andjelo Fiore Tartalja gehört zum Anwaltsteam von Srdjan Aleksic und berät ihn bei den Klagen, die im Namen serbischer Bürger gegen die NATO eingereicht wurden.

Tartalja hat in Italien über 350 Fälle gewonnen, in denen er nachgewiesen hat, dass bei italienischen Soldaten und Offizieren der Friedenstruppen, die im Kosovo und Metohija nach den Bombardierungen stationiert waren, wo die meisten Uranbomben abgeworfen wurden, Krebs diagnostiziert wurde und viele von ihnen als direkte Folge des Urans in den NATO-Bomben gestorben sind. Bei der Analyse ihres Blutes wurde 500-mal mehr Metall gefunden als normal.

Bei über 7000 italienischen Soldaten und Offizieren wurde nach ihrem Einsatz im Kosovo und Metohija Krebs diagnostiziert, und 400 von ihnen sind daran gestorben. Es ist auch wichtig zu betonen, dass nicht nur in Serbien ein enormer Anstieg der Krebsdiagnosen zu verzeichnen ist, sondern auch in Nachbarländern wie Bulgarien, Rumänien, Nordmazedonien und Bosnien und Herzegowina.

Man geht davon aus, dass sich die feinsten Partikel von Uranbomben nach dem Auftreffen auf ihr Ziel stark verteilen (was von verschiedenen Faktoren abhängt) und dass es über 4,5 Milliarden Jahre dauert, bis Uran zerfällt, und dass es Tausende von Jahren und vielleicht noch länger im Boden verbleibt.

Die NATO ist also nicht nur für «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» verantwortlich, wenn sie diese Bomben einsetzt und Restminen hinterlässt, sondern sie hat auch das Verbrechen des Ökozids begangen, indem sie das Ökosystem und die biologische Vielfalt Serbiens beschädigt und zerstört hat. Obwohl dies noch nicht als Verbrechen nach internationalem Recht anerkannt wurde, wird darüber nachgedacht, damit sowohl Menschen als auch Unternehmen und Armeen für die Verbrechen der Umweltverschmutzung zur Verantwortung gezogen werden können.

Srdjan Aleksic und sein Anwaltsteam haben bisher die medizinischen Unterlagen und Vollmachten von 1500 Bürgern gesammelt, und 35 Fälle wurden vor dem Obergericht in Belgrad verhandelt. Jeden Monat werden 10 neue Fälle eingereicht, und so wird es auch weitergehen. In den Fällen, in denen der Kläger verstorben ist, haben Familienangehörige die medizinischen Unterlagen übermittelt und werden das Verfahren in ihrem Namen fortsetzen, und auch diese Fälle werden vor dem Obergericht in Belgrad verhandelt.

Srdjan Aleksic und sein Team von Anwälten sind nicht an wirtschaftlichem Gewinn interessiert und verlangen von ihren Klienten keine Gebühren für ihre juristische Arbeit, da die meisten Kläger aus den südlichen Teilen Serbiens stammen, die extrem arm sind und bereits fast alles verkauft haben, was sie besitzen, nur um wegen ihres Krebses behandelt zu werden.

Es wird vermutet, dass mehr Kläger die NATO verklagen würden, wenn die Gebühren für die Einleitung eines Gerichtsverfahrens in Serbien nicht 350 Euro betragen würden. Die meisten Menschen in den südlichen Teilen Serbiens haben nicht die Mittel, um solche Kosten zu begleichen.

Srdjan Aleksic hat auch ein persönliches Motiv, da seine Mutter und viele seiner Familienmitglieder aus seinem Dorf in der Nähe von Bujanovac nach den NATO-Bombardierungen an Krebs gestorben sind.

Aufgrund der Zunahme der Krebsdiagnosen in Bosnien und Herzegowina nach den NATO-Bombardements im Jahr 1995 erwägen viele Bürger, die NATO zu verklagen, weil sie überzeugt sind, dass das damals verwendete Uran die Ursache für ihre Krebsdiagnosen ist. Zurzeit warten sie den Ausgang des Prozesses in Serbien ab, bevor sie ihre rechtlichen Schritte einleiten.

Der Film «Deadly Dust», 2007, von Frieder Wagner dokumentiert die Folgen des Einsatzes von DU-Munition im Irak 2003.

Die NATO hat geantwortet, dass sie Immunität genieße und sich aufgrund des 2005 zwischen Serbien und der NATO unterzeichneten Transitabkommens und des Beitritts Serbiens zur «Partnerschaft für den Frieden» (PfP) im Jahr 2006 nicht vor dem Obergericht in Belgrad verantworten müsse.

Das Transitabkommen und die «Partnerschaft für den Frieden» haben nichts mit den in diesem Artikel erwähnten Rechtsfällen zu tun. Das Transitabkommen ist lediglich ein Abkommen, das es den alliierten Streitkräften im Rahmen der KFOR erlaubt, serbisches Hoheitsgebiet zu durchqueren. Bei der «Partnerschaft für den Frieden» arbeitet Serbien mit der NATO und dem Haager Tribunal zusammen.

Srdjan Aleksic sagt, dass die Immunität nicht rückwirkend angewandt werden kann, da die Bombardierungen 1999 stattfanden und die Abkommen sechs Jahre später unterzeichnet wurden.

Das Verfahren wurde verschoben, weil Oberst Dragan Stojcic, der 280 Tage an der kosovarisch-serbischen Grenze und im Kosovo gedient hatte, an den Folgen seiner Krebserkrankung verstorben ist. Er war die erste Person, die die NATO verklagte. Seine Frau wird sein Verfahren vor Gericht weiterführen. Die Prozesse werden voraussichtlich Ende 2023 beginnen.

Quelle: globalresearch.ca/over-4000-citizens-serbia-kosovo-metohija-want-sue-nato-believing-their-cancer-diagnoses-direct-cause-nato-bombings-yugoslavia-1999/5814854, 7. April 2023

(Übersetzung «Schweizer Standpunkt»)

Quellen:

Bujanovacke Vesti. 31. März 2023: bujanovacke.co.rs/2023/03/31/advokat-aleksic-stanovnici-juga-srbije-prodaju-sve-da-bi-se-lecili-od-raka/

Danas. 23. März 2022: danas.rs/vesti/drustvo/nato-jos-nije-primio-tuzbe-pa-sudjenje-ne-moze-da-pocne/
Europa.eu.

«Die Beziehungen zwischen der Nato und Serbien»:

europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/sede/dv/sede130411natoserbia_/sede130411natoserbia_en.pdf

RTRS. 12. Juni 2022: lat.rtrs.tv/vijesti/vijest.php?id=476700

Vesti Online. 8. November 2022: vesti-online.com/i-srpska-da-tuzi-nato-2/

Telegraf. 13. Juni 2022: telegraf.rs/vesti/srbija/3512301-vise-od-3000-srba-zeli-da-tuzi-nato-zbog-raka-kao-posledice-bombardovanja-odsteta-i-do-300000-evra

Quelle des Berichts: <https://www.schweizer-standpunkt.ch/news-detailansicht-de-recht/verbrechen-gegen-die-menschlichkeit-serbiens-klage-gegen-die-nato.html>

Anmerkungen Fassadenkratzer:

<https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/04/11/der-verheerende-einsatz-von-uranmunition-durch-usa-und-nato-die-verheimlichten-kriegsverbrechen/>

<https://uncutnews.ch/grossbritannien-bestaetigt-den-einsatz-von-munition-mit-abgereichertem-uran-gegen-die-russen-in-der-ukraine/>

<https://www.youtube.com/watch?v=ERmabAyg4X0>

<https://www.youtube.com/watch?v=kLuR8UGco6k>

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/05/01/die-kriegsverbrechen-der-usa-und-der-nato-mit-verheeren-der-uran-munition/>

News-Ticker - Channels

Produkte Science Netzpolitik Digital Life Games Apps Meinung Start-Ups B2B PR fuzo Watch Events

Meistgelesen; © REUTERS / DADO RUVIC; 1.5.2023

KI-Pionier Geoffrey Hinton verlässt Google und warnt vor ChatGPT & Co

Er hat neuronale Netze miterfunden: Geoffrey E. Hinton. Doch jetzt weiss er nicht, wohin sich KI in nur 5 Jahren entwickeln könnte.

Der in Grossbritannien geborene und in Toronto lebende Informatiker und **KI-Pionier Geoffrey E. Hinton** ist bekannt für seine Beiträge zur **Theorie künstlicher neuronaler Netze**. 2012 hat er zusammen mit 2 Studierenden an der **Universität Toronto** die Basis dafür gelegt, die generativen KI-Systemen heutzutage zugrunde liegt.

Zuletzt hatte der **75-Jährige** für Google gearbeitet, nachdem Google sein KI-Start-up **DNNresearch** für 44 Millionen US-Dollar aufgekauft hatte, die zu Technologien wie **ChatGPT** oder **Bard** geführt hat. Doch jetzt hat er den Job gekündigt und seine Stelle aufgegeben. Nun reiht er sich in die Liste der Informatiker*innen ein, die vor potentiellen Gefahren von KI-Systemen, wie ChatGPT oder Bard es sind, warnen, wie die New York Times (NYT) berichtet.

KI-Pionier Geoffrey E. Hinton 2013, als er noch unterrichtet hatte.

© Eviatar Bach/CC BY SA 3.0

Bekannte Argumente, aber er weiss, wovon er spricht

Alles, was er sagt, hat man bereits von anderen gehört. Etwa: «Es ist schwer vorstellbar, wie man Kriminelle davon abhalten können wird, KI für böse Dinge zu missbrauchen», wie er im Gespräch mit der NYT in seiner Heimatstadt Toronto erzählt. Oder aber: «Chatsysteme wie ChatGPT werden das Internet mit Falschinformationen überfluten und die Menschen sind nicht in der Lage, zu unterscheiden, was wahr oder was falsch ist.» Doch bei ihm, der als Pate von KI gilt, bekommen die Worte durchaus ein anderes Gewicht.

Hinton verweist auch auf andere Gefahren, von denen er dachte, sie lägen in der fernen Zukunft. Er erklärt, dass er **vor 5 Jahren** die Gefährlichkeit von KI noch ganz anders eingeschätzt habe. Vielleicht in **30–50 Jahren** könne die KI teilweise intelligenter sein als die Menschheit und dieser dann auch gefährlich werden, dachte er damals. Doch nun habe er gesehen, wie sich KI in nur 5 Jahren weiterentwickelt habe. Es sei beängstigend, wenn er sich vorstelle, wohin die Reise in den nächsten 5 Jahren gehen könnte. «Vielleicht ist das, was in den KI-Systemen vor sich geht, bereits jetzt viel besser als das, was im menschlichen Gehirn vor sich geht», so Hinton, der sich für eine globale KI-Regulierung ausspricht (und hinzufügt, dass es dazu niemals kommen wird).

Offenen Brief hat er nicht unterschrieben

Den offenen Brief, der vor einigen Wochen von der Organisation «Future of Life» in Umlauf gebracht wurde, der eine **6-monatige Pause** bei der Entwicklung von KI gefordert hatte, habe er nicht unterzeichnet. Ebenso wenig wie einen anderen Brief von KI-Wissenschaftler*innen, die vor der Entwicklung gewarnt haben. Das habe er nicht tun wollen, solange er noch bei Google angestellt gewesen sei, sagte er. Doch nun sei der Zeitpunkt gekommen, davor zu warnen. Er habe auch mit dem Alphabet-CEO **Sundar Pinchai** persönlich über dieses Thema gesprochen, bevor er gegangen sei, so Hinton. Was dieser dazu gesagt habe, verrät er der NYT aber nicht.

Bekannt ist, dass Google den Start seines **ChatGPT-Konkurrenten Bard** trotz Bedenken seiner Mitarbeiter*innen beschleunigt hatte. Das haben **18** ehemalige und aktuelle Mitarbeiter*innen erzählt. Intern bezeichnete man den Chatbot als **«pathologischen Lügner»** und **«zum Fremdschämen»**.

Hallo Billy,
Genau wie du vorausgesagt hast.
<https://www.bbc.co.uk/news/world-us-canada-65452940>
Liebe Grüße
Jacob und salome, Verstuurd vanaf mijn iPhone

AI 'godfather' Geoffrey Hinton warns of dangers as he quits Google

Media caption, Watch: AI 'godfather' Geoffrey Hinton tells the BBC of AI dangers as he quits Google
By Zoe Kleinman & Chris Vallance, BBC News

A man widely seen as the godfather of artificial intelligence (AI) has quit his job, warning about the growing dangers from developments in the field.

Geoffrey Hinton, 75, announced his resignation from Google in a statement to the New York Times, saying he now regretted his work.

He told the BBC some of the dangers of AI chatbots were "quite scary".

"Right now, they're not more intelligent than us, as far as I can tell. But I think they soon may be."

ADVERTISEMENT

Dr Hinton also accepted that his age had played into his decision to leave the tech giant, telling the BBC: "I'm 75, so it's time to retire."

Dr Hinton's pioneering research on neural networks and deep learning has paved the way for current AI systems like ChatGPT.

In artificial intelligence, neural networks are systems that are similar to the human brain in the way they learn and process information. They enable AIs to learn from experience, as a person would. This is called deep learning.

The British-Canadian cognitive psychologist and computer scientist told the BBC that chatbots could soon overtake the level of information that a human brain holds.

"Right now, what we're seeing is things like GPT-4 eclipses a person in the amount of general knowledge it has and it eclipses them by a long way. In terms of reasoning, it's not as good, but it does already do simple reasoning," he said.

"And given the rate of progress, we expect things to get better quite fast. So we need to worry about that."

- Is the world prepared for the coming AI storm?
- AI could affect 300 million jobs - report
- BBC Reel: Why we are still smarter than machines

In the New York Times article, Dr Hinton referred to "bad actors" who would try to use AI for "bad things". When asked by the BBC to elaborate on this, he replied: "This is just a kind of worst-case scenario, kind of a nightmare scenario."

"You can imagine, for example, some bad actor like [Russian President Vladimir] Putin decided to give robots the ability to create their own sub-goals."

The scientist warned that this eventually might "create sub-goals like 'I need to get more power'".

He added: "I've come to the conclusion that the kind of intelligence we're developing is very different from the intelligence we have."

"We're biological systems and these are digital systems. And the big difference is that with digital systems, you have many copies of the same set of weights, the same model of the world."

"And all these copies can learn separately but share their knowledge instantly. So it's as if you had 10,000 people and whenever one person learnt something, everybody automatically knew it. And that's how these chatbots can know so much more than any one person."

Matt Clifford, the chairman of the UK's Advanced Research and Invention Agency, speaking in a personal capacity, told the BBC that Dr Hinton's announcement "underlines the rate at which AI capabilities are accelerating".

"There's an enormous upside from this technology, but it's essential that the world invests heavily and urgently in AI safety and control," he said.

Dr Hinton joins a growing number of experts who have expressed concerns about AI - both the speed at which it is developing and the direction in which it is going.

'We need to take a step back'

In March, an open letter - co-signed by dozens of people in the AI field, including the tech billionaire Elon Musk - called for a pause on all developments more advanced than the current version of AI chatbot ChatGPT so robust safety measures could be designed and implemented.

Yoshua Bengio, another so-called godfather of AI, who along with Dr Hinton and Yann LeCun won the 2018 Turing Award for their work on deep learning, also signed the letter.

Mr Bengio wrote that it was because of the "unexpected acceleration" in AI systems that "we need to take a step back".

But Dr Hinton told the BBC that "in the shorter term" he thought AI would deliver many more benefits than risks, "so I don't think we should stop developing this stuff," he added.

He also said that international competition would mean that a pause would be difficult. "Even if everybody in the US stopped developing it, China would just get a big lead," he said.

Dr Hinton also said he was an expert on the science, not policy, and that it was the responsibility of government to ensure AI was developed "with a lot of thought into how to stop it going rogue".

'Responsible approach'

Dr Hinton stressed that he did not want to criticise Google and that the tech giant had been "very responsible".

"I actually want to say some good things about Google. And they're more credible if I don't work for Google."

In a statement, Google's chief scientist Jeff Dean said: "We remain committed to a responsible approach to AI. We're continually learning to understand emerging risks while also innovating boldly."

Media caption,

Watch: What is artificial intelligence?

It is important to remember that AI chatbots are just one aspect of artificial intelligence, even if they are the most popular right now.

AI is behind the algorithms that dictate what video-streaming platforms decide you should watch next. It can be used in recruitment to filter job applications, by insurers to calculate premiums, it can diagnose medical conditions (although human doctors still get the final say).

What we are seeing now though is the rise of AGI - artificial general intelligence - which can be trained to do a number of things within a remit. So for example, ChatGPT can only offer text answers to a query, but the possibilities within that, as we are seeing, are endless.

But the pace of AI acceleration has surprised even its creators. It has evolved dramatically since Dr Hinton built a pioneering image analysis neural network in 2012.

Even Google boss Sundar Pichai said in a recent interview that even he did not fully understand everything that its AI chatbot, Bard, did.

Make no mistake, we are on a speeding train right now, and the concern is that one day it will start building its own tracks.

Rede des russischen Aussenministers Sergej Lawrow in der offenen Debatte des UN-Sicherheitsrats über wirksamen Multilateralismus durch Wahrung der Grundsätze der UN-Charta, New York, 24. April 2023

Ich werde nun eine Erklärung in meiner Eigenschaft als Aussenminister der Russischen Föderation abgeben.

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

liebe Kollegen,

es ist symbolisch, dass wir unser Treffen am Internationalen Tag des Multilateralismus und der Diplomatie für den Frieden abhalten, der durch eine Resolution der UN-Generalversammlung am 12. Dezember 2018 in den Kalender der Jahrestage aufgenommen wurde.

In zwei Wochen werden wir den 78. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg begehen. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg. Die Niederlage Nazideutschlands, zu der mein Land mit Unterstützung der

Alliierten einen entscheidenden Beitrag leistete, legte den Grundstein für die internationale Ordnung der Nachkriegszeit. Die Charta der Vereinten Nationen bildete die rechtliche Grundlage, und unsere Organisation, die einen echten Multilateralismus verkörpert, übernahm eine zentrale koordinierende Rolle in der Weltpolitik.



In den mehr als 80 Jahren ihres Bestehens hat die UNO die entscheidende Aufgabe erfüllt, die ihr von ihren Gründervätern anvertraut wurde. Jahrzehntlang hat das Grundverständnis der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates über den Vorrang der Ziele und Grundsätze der Charta die globale Sicherheit gewährleistet. Und damit die Voraussetzungen für eine wirklich multilaterale Zusammenarbeit geschaffen, die sich an allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts orientiert.

Heute befindet sich das UNO-zentrische System in einer tiefen Krise. Die Ursache dafür ist der Wunsch einiger Mitglieder unserer Organisation, das Völkerrecht und die UN-Charta durch eine Art «regelbasierte Ordnung» zu ersetzen. Diese «Regeln» wurden nicht gesehen, sie waren nicht Gegenstand transparenter internationaler Verhandlungen. Sie werden erfunden und angewandt, um dem natürlichen Prozess der Bildung neuer unabhängiger Entwicklungszentren entgegenzuwirken, der die objektive Erscheinungsform des Multilateralismus ist. Es wird versucht, sie durch unrechtmässige einseitige Massnahmen einzudämmen, z.B. durch Abschneiden des Zugangs zu modernen Technologien und Finanzdienstleistungen, Verdrängung aus den Versorgungsketten, Beschlagnahme von Eigentum, Zerstörung kritischer Infrastrukturen von Konkurrenten, Manipulation von universell vereinbarten Normen und Verfahren. Das Ergebnis ist die Zersplitterung des Welthandels, der Zusammenbruch der Marktmechanismen, die Lähmung der Welthandelsorganisation und die endgültige, unverhüllte Verwandlung des IWF in ein Instrument zur Erreichung der Ziele der USA und ihrer Verbündeten, einschliesslich mit militärischer Hilfe.

In einem verzweifelten Versuch, ihre Vormachtstellung durch Bestrafung der Ungehorsamen zu behaupten, haben die USA die Globalisierung zerstört, die jahrelang als höchstes Gut der Menschheit gepriesen wurde und dem multilateralen System der Weltwirtschaft diente. Washington und der Rest des Westens, die ihm unterworfen sind, setzen ihre «Regeln» durch, wann immer sie illegitime Schritte gegen diejenigen rechtfertigen müssen, die ihre Politik mit dem internationalen Recht in Einklang bringen und sich weigern, den Interessen der «goldenen Milliarde» zu folgen. Andersdenkende werden nach dem Prinzip «wer nicht für uns ist, ist gegen uns» auf die schwarze Liste gesetzt.

Für die westlichen Kollegen ist es schon lange «unbequem», sich in universellen Formaten wie der UNO zu einigen. Das Thema, wo die «Demokratien» sich gegen «Autokratien» verbünden, wurde eingeführt, um den Multilateralismus ideologisch zu untergraben. Zusätzlich zu den «Gipfeltreffen für Demokratie», deren Mitglieder vom selbsternannten Hegemon bestimmt werden, werden andere «Clubs der Auserwählten» geschaffen, die die UNO umgehen.

«Gipfeltreffen für Demokratie», «Allianz für Multilateralismus», «Globale Partnerschaft für künstliche Intelligenz», «Globale Koalition für Medienfreiheit», «Pariser Aufruf für Vertrauen und Sicherheit im Cyberspace» – all diese und andere nicht-integrative Projekte zielen darauf ab, Verhandlungen über relevante Themen unter der Schirmherrschaft der UNO zu unterminieren und nicht konsensfähige Konzepte und Lösungen durchzusetzen, die dem Westen zugutekommen. Zunächst einigt man sich im kleinen Kreis auf etwas und stellt diese Vereinbarungen dann als «die Position der internationalen Gemeinschaft» dar. Nennen wir die Dinge beim Namen: Niemand hat der westlichen Minderheit erlaubt, im Namen der gesamten Menschheit zu sprechen. Wir müssen uns mit Anstand verhalten und alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft respektieren.

Indem sie eine «regelbasierte Ordnung» durchsetzen, lehnen ihre Verfasser in arroganter Weise das wichtigste Prinzip der UN-Charta ab – die souveräne Gleichheit der Staaten. Die Quintessenz des «Exklusivitätswahns» war die «stolze» Aussage des EU-Diplomatiechefs J. Borrell, dass «Europa ein Garten Eden und der Rest der Welt ein Dschungel ist». Ich möchte die gemeinsame Erklärung der NATO und der EU vom 10. Januar zitieren, in der es heisst: «Der Vereinigte Westen wird alle der NATO und der EU zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen, finanziellen, politischen und – ich betone – militärischen Instrumente einsetzen, um die Interessen «unserer einen Milliarde» zu wahren.»

Der «kollektive Westen» hat sich aufgemacht, den Multilateralismus auf regionaler Ebene seine Interessen neu zu gestalten. Vor nicht allzu langer Zeit forderten die USA eine Wiederbelebung der «Monroe-Doktrin» und verlangten von den lateinamerikanischen Ländern, die Beziehungen zur Russischen Föderation und zur Volksrepublik China zu begrenzen. Diese Linie stösst jedoch auf die Entschlossenheit der Länder der Region, ihre eigenen multilateralen Strukturen zu stärken, vor allem die Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten (CELAC), und ihr legitimes Recht zu verteidigen, sich als eine der Säulen einer multipolaren Welt zu etablieren. Russland unterstützt diese gerechten Bestrebungen von ganzem Herzen.

Die USA und ihre Verbündeten unternehmen derzeit erhebliche Anstrengungen, um den Multilateralismus in dem asiatisch-pazifischen Raum zu untergraben, wo sich seit Jahrzehnten ein erfolgreiches offenes System der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit rund um die Gemeinschaft der Südostasiatischen Staaten entwickelt hat. Dieses System hat Konsensansätze ermöglicht, die sowohl für die Gemeinschaft der Südostasiatischen Staaten als auch für ihre Dialogpartner, darunter Russland, die VR China, die USA, Indien, Japan, Australien und die Republik Korea, geeignet sind und einen echten inklusiven Multilateralismus darstellen. Mit den Indo-Pazifik-Strategien hat sich Washington vorgenommen, diese etablierte Architektur zu demontieren.

Auf dem Madrider Gipfeltreffen im vergangenen Jahr erklärte die NATO, die stets ihre «Friedfertigkeit» und den ausschliesslich defensiven Charakter ihrer Militärprogramme beteuert hatte, die «globale Verantwortung» und die «Unenteilbarkeit der Sicherheit» im euro-atlantischen und im sogenannten indo-pazifischen Raum. Das heisst, die «Verteidigungslinie» der NATO (als Verteidigungsbündnis) verlagert sich nun auf die westlichen Küsten des Pazifiks. Blockbasierte Ansätze, die den ASEAN-zentrischen Multilateralismus untergraben, zeigen sich in der Schaffung des Militärbündnisses AUKUS, in das Tokio, Seoul und eine Reihe von ASEAN-Staaten gedrängt werden. Unter der Ägide der USA werden Mechanismen geschaffen, die sich in Fragen der maritimen Sicherheit einmischen, um die einseitigen Interessen des Westens in den Gewässern des Südchinesischen Meeres zu sichern. Gestern hat J. Borrell, den ich bereits zitiert habe, versprochen, Seestreitkräfte der Europäischen Union in diese Region zu entsenden. Es wird kein Hehl daraus gemacht, dass die indo-pazifischen Strategien darauf abzielen, China einzudämmen und Russland zu isolieren. So verstehen die westlichen Partner den «effektiven Multilateralismus» in der APAC-Region.

Nach der Auflösung der Warschauer-Pakt-Organisation und dem Untergang der Sowjetunion keimte die Hoffnung auf, einen echten Multilateralismus ohne Trennlinien im euro-atlantischen Raum zu verwirklichen. Doch anstatt das Potenzial der OSZE auf einer gleichberechtigten kollektiven Basis zu entfalten, hielten die westlichen Länder nicht nur an der NATO fest, sondern begannen entgegen ihren Versprechungen mit einer unverschämten Übernahme des angrenzenden Raums, einschliesslich der Gebiete, in denen vitale russische Interessen schon immer bestanden hatten und auch weiterhin bestehen würden. Der damalige US-Aussenminister J. Baker berichtete Präsident Bush senior: «Die grösste Bedrohung für die NATO ist die OSZE. Ich möchte hinzufügen, dass heutzutage sowohl die UNO als auch die Anforderungen ihrer Charta eine Bedrohung für Washingtons globale Ambitionen darstellen.»

Russland hat geduldig versucht, für beide Seiten vorteilhafte multilaterale Vereinbarungen auf der Grundlage des Prinzips der Unenteilbarkeit der Sicherheit zu erreichen, das in den Dokumenten der OSZE-Gipfel von 1999 und 2010 feierlich auf höchster Ebene verkündet wurde. Darin steht schwarz auf weiss, dass

niemand seine Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer stärken darf und dass keinem Staat, keiner Staatengruppe oder Organisation die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens im OSZE-Raum übertragen werden kann oder dass sie einen Teil des OSZE-Raums als ihren Einflussbereich betrachten kann.

Die NATO hat diese Verpflichtungen der Präsidenten und Premierminister ihrer Mitgliedstaaten ignoriert und begonnen, genau das Gegenteil zu tun, indem sie ihr «Recht» auf jegliche Willkür proklamiert. Ein eklatantes Beispiel ist die gesetzlose Bombardierung Jugoslawiens im Jahr 1999, unter anderem mit Munition mit abgereichertem Uran, die in der Folge zu einem drastischen Ausbruch von Krebs führte – sowohl bei serbischen Bürgern als auch bei den NATO-Militärs. J. Biden war damals Senator und sagte nicht ohne Stolz vor laufender Kamera, dass er persönlich die Bombardierung Belgrads und die Zerstörung aller Brücken über den Fluss Drina gefordert habe. Jetzt fordert der US-Botschafter in Belgrad, K. Hill, die Serben über die Medien auf, «das Blatt zu wenden» und «nicht mehr beleidigt zu sein». Die Vereinigten Staaten haben reiche Erfahrungen mit dem «Aufhören, sich beleidigt zu fühlen» gesammelt. Japan hat lange Zeit verschämt darüber geschwiegen, wer Hiroshima und Nagasaki bombardiert hat. Kein Wort darüber in den Schulbüchern. Kürzlich beklagte US-Aussenminister Blinken auf dem G-7-Treffen süffisant das Leid der Opfer dieser Bombenangriffe, schaffte es aber nicht zu erwähnen, wer sie organisiert hat. So lauten die «Regeln». Und niemand wagt es, ihnen zu widersprechen.

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat es Dutzende von kriminellen militärischen Abenteuern Washingtons gegeben – ohne jeden Versuch, sich eine multilaterale Legitimation zu sichern. Warum, wenn es doch «Regeln» gibt, von denen niemand etwas weiss?

Die schändliche Invasion des Irak durch die US-geführte Koalition im Jahr 2003 wurde unter Verletzung der UN-Charta durchgeführt, ebenso wie die Aggression gegen Libyen im Jahr 2011. Das Ergebnis war die Zerstörung der Staatlichkeit, Hunderttausende von Toten und ein wuchernder Terrorismus.

Die Einmischung der USA in die Angelegenheiten der postsowjetischen Staaten war ein grober Verstoss gegen die UN-Charta. Die «Farbrevolutionen» in Georgien und Kirgisistan und der blutige Staatsstreich in Kiew im Februar 2014 wurden organisiert. Dazu gehören auch die Versuche der gewaltsamen Machtübernahme in Belarus im Jahr 2020.

Die Angelsachsen, die selbstbewusst den gesamten Westen anführen, rechtfertigen nicht nur all diese kriminellen Abenteuer, sondern prahlen auch mit ihrer Linie der «Demokratieförderung». Aber wieder nach ihren «Regeln»: Kosovo – Anerkennung der Unabhängigkeit ohne Referendum; Krim – nicht anerkennen (obwohl es ein Referendum gab); Falkland/Malvinas – nicht anfassen, dort gab es ein Referendum (wie der britische Aussenminister J. Cleverley kürzlich sagte). Das ist lächerlich.

Um nicht mit zweierlei Mass zu messen, rufen wir alle dazu auf, sich an den einvernehmlichen Vereinbarungen zu orientieren, die im Rahmen der Erklärung der Vereinten Nationen über die Grundsätze des Völkerrechts von 1970 getroffen wurden, die nach wie vor in Kraft ist. Die Notwendigkeit, die Souveränität und territoriale Integrität derjenigen Staaten zu respektieren, die «den Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker achten und über Regierungen verfügen, die alle in ihrem Hoheitsgebiet lebenden Menschen vertreten», ist dort eindeutig festgelegt. Es ist für jeden unvoreingenommenen Beobachter offensichtlich, dass das Nazi-Regime in Kiew in keiner Weise als Vertreter der Bewohner der Gebiete angesehen werden kann, die sich geweigert haben, die Ergebnisse des blutigen Staatsstreichs vom Februar 2014 zu akzeptieren und gegen die die Putschisten dafür einen Krieg entfesselt haben. Ebenso wenig kann Pristina den Anspruch erheben, die Interessen der Kosovo-Serben zu vertreten, denen die EU Autonomie versprochen hat – so wie Berlin und Paris dem Donbass einen Sonderstatus versprochen haben. Das Ergebnis dieser Versprechen ist hinlänglich bekannt.

Unser Generalsekretär A. Guterres hat es in seiner Rede auf dem «Zweiten Gipfel für Demokratie» am 29. März dieses Jahres gut ausgedrückt: «Die Demokratie hat ihren Ursprung in der UN-Charta. Ihre ersten Worte – Wir, die Völker – spiegeln die grundlegende Quelle der legitimen Macht wider: Die Zustimmung der Regierenden.» Zustimmung. Lassen Sie mich dies noch einmal betonen.

Um den durch den Staatsstreich in der Ostukraine ausgelösten Krieg zu beenden, wurden multilaterale Bemühungen um eine friedliche Lösung unternommen, die in einer Resolution des Sicherheitsrates mündeten, in der die Minsker Vereinbarungen einstimmig gebilligt wurden. Diese Vereinbarungen wurden von Kiew und seinen westlichen Herren mit Füßen getreten, die kürzlich selbst zynisch und sogar stolz zugeben, dass sie nie die Absicht hatten, sie umzusetzen, sondern nur Zeit gewinnen wollten, um die Ukraine mit Waffen gegen Russland aufzupumpen. Damit wurde öffentlich ein Verstoss gegen die in der UN-Charta verankerte multilaterale Verpflichtung aller UN-Mitglieder erklärt, wonach sich alle Länder an die Resolutionen des Sicherheitsrats halten müssen.

Unsere konsequenten Massnahmen zur Vermeidung einer Konfrontation, einschliesslich des Vorschlags des russischen Präsidenten Wladimir Putin vom Dezember 2021, multilaterale gegenseitige Sicherheitsgarantien auszuhandeln, wurden arrogant zurückgewiesen. Niemand, so sagt man uns, kann die NATO daran hindern, die Ukraine in ihre «Umarmung» aufzunehmen.

In all den Jahren seit dem Staatsstreich im Jahr 2014 hat trotz unserer beharrlichen Forderungen keiner der westlichen Herren des Kiewer Regimes Poroschenko, Selensky oder die Werchowyna Rada der Ukraine angeschnauzt, als die russische Sprache, das Bildungswesen, die Medien und ganz allgemein die russischen kulturellen und religiösen Traditionen durch Gesetze sukzessive zerstört wurden – unter direkter Verletzung der ukrainischen Verfassung und der universellen Konventionen über die Rechte nationaler Minderheiten. Gleichzeitig führte das Kiewer Regime die Theorie und Praxis des Nationalsozialismus in Gesetzgebung und Alltag ein. Es zögerte nicht, üppige Fackelzüge unter den Bannern von SS-Divisionen im Zentrum von Kiew und anderen Städten zu organisieren. Der Westen schwieg und «rieb sich die Hände». Was geschah, entsprach voll und ganz den Plänen der USA das unverhohlene rassistische Regime, das sie aufgebaut hatten, in der Hoffnung zu nutzen, Russland zu schwächen, ganz im Sinne des strategischen Kurses, Konkurrenten auszuschalten und alle Szenarien zu untergraben, die die Durchsetzung eines fairen Multilateralismus im Weltgeschehen beinhalten.

Heute ist es jedem klar, auch wenn es nicht jeder laut ausspricht: Es geht gar nicht um die Ukraine, sondern darum, wie die internationalen Beziehungen weiter gestaltet werden: Durch den Aufbau eines nachhaltigen Konsenses auf der Grundlage eines Interessenausgleichs – oder durch eine aggressive und explosive Förderung der Hegemonie. Die «ukrainische Frage» kann nicht losgelöst vom geopolitischen Kontext betrachtet werden. Multilateralismus setzt, wie bereits erwähnt, die Achtung der UN-Charta in all ihren miteinander verknüpften Grundsätzen voraus. Russland hat die Ziele seiner speziellen Militäroperation klar dargelegt: die Beseitigung der Bedrohung unserer Sicherheit, die von der NATO seit Jahren direkt an unseren Grenzen ausgeht, und der Schutz der Menschen, die ihrer Rechte gemäss den multilateralen Übereinkommen beraubt wurden, um sie vor den direkten Drohungen der Ausrottung und Vertreibung aus den Gebieten zu schützen, in denen ihre Vorfahren seit Jahrhunderten gelebt haben, die das Kiewer Regime öffentlich ausgesprochen hat. Wir haben ehrlich gesagt, für was und wen wir kämpfen.

Vor dem Hintergrund der von den USA und der Europäischen Union erzeugten Hysterie möchte man dagegen fragen: Was haben Washington und die NATO in Jugoslawien, im Irak und in Libyen getan? Gab es dort Bedrohungen für ihre Sicherheit, Kultur, Religion, Sprachen? Von welchen multilateralen Normen liessen sie sich leiten, als sie den Kosovo unter Missachtung der OSZE-Prinzipien für unabhängig erklärten, als sie die stabilen, wirtschaftlich wohlhabenden Staaten Irak und Libyen zehntausend Meilen von den amerikanischen Küsten entfernt zerstörten?

Das multilaterale System ist durch die schamlosen Versuche westlicher Staaten bedroht, die Sekretariate der UNO und anderer internationaler Institutionen zu unterjochen. Es gab schon immer ein quantitatives Ungleichgewicht zugunsten des Westens, aber bis vor kurzem hat das Sekretariat versucht, neutral zu bleiben. Heute ist dieses Ungleichgewicht chronisch geworden, und die Mitarbeiter des Sekretariats legen zunehmend ein politisch motiviertes Verhalten an den Tag, das für internationale Beamte unangemessen ist. Wir fordern den geschätzten Generalsekretär Guterres auf, dafür zu sorgen, dass alle seine Mitarbeiter die Anforderungen der Unparteilichkeit gemäss Artikel 100 der UN-Charta einhalten. Wir appellieren auch an die Führung des Sekretariats, sich bei der Ausarbeitung von Initiativdokumenten zur oben erwähnten «gemeinsamen Agenda» und einer «neuen Agenda für den Frieden» von der Notwendigkeit leiten zu lassen, den Mitgliedsländern Vorschläge zu machen, wie ein Konsens und ein Interessenausgleich gefunden werden kann, anstatt neoliberale Konzepte zu übernehmen. Anstatt einer multilateralen Agenda wird sonst die Kluft zwischen der «goldenen Milliarde» und der globalen Mehrheit vertieft.

Wenn man von Multilateralismus spricht, darf man sich nicht auf den internationalen Kontext beschränken, genauso wenig wie man den internationalen Kontext ignorieren darf, wenn man von Demokratie spricht. Es darf keine Doppelmoral geben. Multilateralismus und Demokratie müssen sowohl innerhalb der Staaten als auch in ihren Beziehungen zueinander geachtet werden. Jeder weiss, dass der Westen, der sein Verständnis von Demokratie anderen aufzwingt, keine Demokratisierung der internationalen Beziehungen auf der Grundlage der Achtung der souveränen Gleichheit der Staaten will. Doch während er seine «Regeln» auf der internationalen Bühne durchsetzt, «erstickt» er den Multilateralismus und die Demokratie im eigenen Land, indem er immer repressivere Mittel einsetzt, um jede abweichende Meinung zu unterdrücken – genau wie das kriminelle Regime in Kiew, das von seinen «Lehrern», den USA und ihren Verbündeten, unterstützt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wieder einmal sind wir, wie schon während des Kalten Krieges, an einer gefährlichen, vielleicht sogar noch gefährlicheren Grenze angelangt. Die Situation wird durch den Verlust des Vertrauens in den Multilateralismus verschärft, wenn die finanzielle und wirtschaftliche Aggression des Westens die Vorteile der Globalisierung zunichte macht, wenn Washington und seine Verbündeten die Diplomatie aufgeben und eine Klärung der Beziehungen «auf dem Schlachtfeld» fordern. Und das alles innerhalb der Mauern der UNO, die gegründet wurde, um die Schrecken des Krieges zu verhindern. Die Stimmen der verantwortungsbewussten und vernünftigen Kräfte, der Ruf nach politischer Weisheit, die Wiederbelebung der Kultur des Dialogs werden von denen übertönt, die die Grundprinzipien der zwischenstaatlichen Kommunikation untergraben wollen. Wir alle müssen zu den Ursprüngen zurückkehren, zu den Zielen und Grundsätzen der UN-Charta in all ihrer Vielfalt und in all ihrer Verflechtung.

Echter Multilateralismus erfordert heute eine Anpassung der UNO an die objektiven Trends zu einer multipolaren Architektur der internationalen Beziehungen. Die Reform des Sicherheitsrates sollte durch eine stärkere Vertretung der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Länder beschleunigt werden. Die derzeitige Überrepräsentation des Westens in diesem wichtigsten UN-Gremium untergräbt den Grundsatz des Multilateralismus.

Auf Initiative Venezuelas wurde die Gruppe der Freunde zur Verteidigung der Charta der Vereinten Nationen gegründet. Wir rufen alle Staaten, die die Charta respektieren, dazu auf, ihr beizutreten. Es ist auch wichtig, das konstruktive Potenzial der BRICS und der SCO zu nutzen. Die EAG, die GUS und die OVKS sind bereit, ihren Beitrag zu leisten. Wir sind dafür, die Initiative regionaler Zusammenschlüsse von Ländern des globalen Südens zu nutzen. Die G20 kann auch eine nützliche Rolle bei der Aufrechterhaltung des Multilateralismus spielen, wenn die westlichen Teilnehmer aufhören, ihre Kollegen von den dringenden Themen auf ihrer Tagesordnung abzulenken, in der Hoffnung, ihre Verantwortung für die Anhäufung von Krisenphänomenen in der Weltwirtschaft zu verdrängen.

Es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, die Vereinten Nationen als geschmiedetes Modell des Multilateralismus und der globalen Politikkoordination zu erhalten. Der Schlüssel zum Erfolg liegt in der Zusammenarbeit, im Verzicht auf Exklusivitätsansprüche und – ich wiederhole – in der Achtung der souveränen Gleichheit der Staaten. Dazu haben wir uns alle verpflichtet, als wir die UN-Charta ratifiziert haben.

Für 2021 schlug der russische Präsident Wladimir Putin vor, ein Gipfeltreffen der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats einzuberufen. Die Staats- und Regierungschefs Chinas und Frankreichs haben diese Initiative unterstützt, aber leider wurde sie noch nicht umgesetzt. Dieses Thema steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Multilateralismus: Nicht, weil die fünf Mächte eine Art Privileg gegenüber den anderen haben, sondern gerade wegen ihrer besonderen Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gemäss der UN-Charta. Das ist es, was die Imperative des UNO-zentrischen Systems, das durch das Verhalten des Westens vor unseren Augen zerfällt, verlangen.

Die Besorgnis über diesen Zustand wird in den vielen Initiativen und Ideen des Globalen Südens, von Ost- und Südostasien, der arabischen Welt und der muslimischen Welt insgesamt bis hin zu Afrika und Lateinamerika, immer lauter. Wir schätzen ihren aufrichtigen Wunsch, durch ehrliche kollektive Arbeit eine Lösung für die Probleme unserer Zeit zu finden, die darauf abzielt, das Gleichgewicht der Interessen auf der Grundlage der souveränen Gleichheit der Staaten und der Unteilbarkeit der Sicherheit zu harmonisieren.

Abschliessend möchte ich mich an alle Journalisten wenden, die jetzt über unser Treffen berichten. Ihre Kollegen von den russischen Medien wurden nicht hereingelassen. Die US-Botschaft in Moskau teilte ihnen spöttisch mit, dass sie in dem Moment, in dem unser Flugzeug abhebt, bereit sind, Pässe mit Visa zu erhalten. Daher eine grosse Bitte an Sie: Machen Sie die Abwesenheit der russischen Journalisten wett. Versuchen Sie, Ihre Berichterstattung so zu gestalten, dass sie einem weltweiten Publikum die ganze Vielfalt der Urteile und Einschätzungen vermittelt.

Wie die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel Deutschland den USA unterwarf!

uncut-news.ch, April 27, 2023

Für die Erhaltung von Frieden, Freiheit und Wohlstand ist eines notwendig: Die Befreiung Europas von den USA, schreibt Werner Rügemer.

Nach dem Gründungskanzler des von den USA erzwungenen Separatstaates Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, und dem Kanzler der Wiedervereinigung, Helmut Kohl, wurde am 17. April 2023 Angela Merkel die höchste Auszeichnung des deutschen Staates verliehen: Das Grosskreuz des Verdienstordens. Nur Kanzlerinnen und Kanzler der Christlich Demokratischen Union (CDU) werden auf diese Weise geehrt. Sozialdemokratische Bundeskanzler wie Willy Brandt gelten als Abweichler: Sie dürfen nicht geehrt werden.

Beitrag zum nationalen Interesse der Vereinigten Staaten

Eine bedeutendere Auszeichnung wurde der von 2005 bis 2021 amtierenden Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzenden einige Jahre zuvor zuteil: 2011 verlieh ihr US-Präsident Barack Obama in Washington die Presidential Medal of Freedom. Diese US-amerikanische Freiheitsmedaille wird an Männer und manchmal auch an Frauen für ihren Beitrag «zur Sicherheit und zum nationalen Interesse der Vereinigten Staaten» verliehen. Mit anderen Worten, nicht für ihren Beitrag zur Sicherheit und zum nationalen Interesse von, sagen wir, Deutschland oder Europa.

Merkel hatte sich unter anderem dadurch ausgezeichnet, dass sie den Krieg der USA gegen den Irak unter Präsident George W. Bush im Jahr 2002 bedingungslos und leidenschaftlich befürwortete. Der damalige sozialdemokratische Bundeskanzler Schröder/SPD und Aussenminister Joseph Fischer/Grüne glaubten

nicht an die Behauptung der USA, dass der irakische Präsident Hussein über Massenvernichtungswaffen verfüge und bereit sei, diese einzusetzen, auch gegen Israel. Schröder lehnte es ab, sich im Namen Deutschlands direkt am Krieg zu beteiligen.



Mit Jesus für den US-Krieg im Irak

Zudem wetterte Merkel als CDU-Fraktionsvorsitzende am 13. September 2002 im Bundestag gegen Schröder: «Sie haben das internationale Vertrauen in Deutschland zerstört ... Sie spielen mit den Ängsten und Gefühlen der Menschen ... Diese einseitige Aktion schadet der Exportnation Deutschland ... Deutschland als grösstes Land in Europa hat eine Verantwortung.»

Den Lügner Bush hingegen lobte Merkel mit Verweis auf die Bergpredigt Jesu als den wahren «Friedensstifter», so abstrus das auch sei. Doch die konzernfinanzierten Parteien CDU und FDP applaudierten frenetisch.

Im November 2005 wurde sie Kanzlerin, und schon am 13. Januar 2006 machte sie Bush in Washington ihre Aufwartung und unterstützte den Irak-Krieg. Dass dieser Krieg mit Lügen begründet worden war – das war der christlichen Bergpredigerin ebenso wenig wert wie die Verwüstungen, Toten und gescheiterten Staaten in Afghanistan und anderen US-geführten Kriegen.

Brzezinski: Schäuble und Kohl müssen weg!

Der führende Präsidentenberater in den USA, Zbigniew Brzezinski, hatte 1997 die neue Phase der US-Weltstrategie nach dem Ende des Sozialismus öffentlich begründet: «Eurasien ist der grösste Kontinent der Erde und geopolitisch axial. Er erstreckt sich von Lissabon bis Wladiwostok. Europa ist vorwiegend der unverzichtbare geopolitische Brückenkopf Amerikas auf dem eurasischen Kontinent.... (daher) vergrössert sich mit jeder Ausweitung Europas auch der unmittelbare Einflussbereich der Vereinigten Staaten.» Und für die Beherrschung Eurasiens von Lissabon bis Wladiwostok, so Brzezinski, sei die Ukraine der Schlüsselstaat.

Allerdings, so Brzezinski, schwäche sich Europa durch seine ausufernde Sozialpolitik, «ein extrem belastendes Sozialsystem, das die Wirtschaftskraft schwächt ... Wenn man die Europäer sich selbst überlässt, laufen sie Gefahr, von ihren sozialen Problemen völlig aufgesogen zu werden. Die USA müssen das ändern», sagte Brzezinski.

Und vor allem müsse sich noch etwas ändern: Deutschland sei mit dem derzeitigen CDU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble und CDU-Kanzler Helmut Kohl ein «geopolitisches Niemandsland»: Deutschland sei mit ihnen nicht mehr «das westliche Bollwerk gegen den Osten», sondern eine mitteleuropäische Ordnungsmacht, die sich mit Ost und West gleichermassen verbünde. Damit würde «Europa seine Funktion als eurasischer Brückenkopf für die amerikanische Macht» und deren «Expansion auf den eurasischen Kontinent» verlieren. Deshalb, so schloss Brzezinski, sei «ein massiver Impuls von amerikanischer Seite erforderlich». Irgendwie kam der «Impuls», von mehreren bekannten und unbekannten Komplizen. So gab die «Zeitung für Deutschland», der direkteste US-Medienlobbyist aus Frankfurt, der aufstrebenden, ihre FDJ-Jugendsünde sühnenden Angela Merkel prominenten Raum, um den bestechlichen Kohl zu kritisieren, und der bestechliche Schäuble war dabei. Sonst nahm es die FAZ mit der unternehmerischen Dauerkorruption dieser Parteien nicht so ernst. Aber jetzt passte es. Merkel wurde CDU-Vorsitzende, dann CDU-Fraktionsvorsitzende, dann CDU-Kanzlerin.

AFRICOM: US-Drohnenmorde von Deutschland aus

Seit den frühen 2000er-Jahren haben die USA ihre militärischen Aktivitäten in Afrika unter dem Banner der Terrorismusbekämpfung intensiviert. Sie errichteten ein paar Dutzend formelle und informelle Militärstützpunkte. Dazu gehörte auch die US-Militärlogistik, z.B. für den Irak-Krieg.

Zu diesem Zweck wollten die USA in Afrika eine oberste Kommandozentrale einrichten. US-Präsident Bush trieb das Projekt voran. Doch alle 56 afrikanischen Staaten lehnten es ab. Bush suchte nach einem Ausweg:

Welches NATO-Land könnte die Kommandozentrale beherbergen? Alle Regierungen lehnten ab. Alle bis auf eine.

Die Bush-Unterstützerin Merkel kam zur Rettung, im Interesse der nationalen Sicherheit der USA. Im Jahr 2008 wurde das Afrika-Kommando der Vereinigten Staaten (AFRICOM) in Deutschland, in Stuttgart-Möhringen, eingerichtet. Dazu gehören auch US-Militärstützpunkte in Italien und Deutschland.

Dieser Standort in Deutschland wurde noch als provisorisch angesehen – der afrikanische Staat Liberia bewarb sich. Doch es war zu klein und zu unsicher für Big Brother. 2013 entschied der Bush-Nachfolger, der freundlich grinsende Obama, der kurz zuvor noch Merkel für ihren Beitrag zur nationalen Sicherheit der USA geehrt hatte: AFRICOM bleibt in Stuttgart. Von Deutschland aus töten also – der von Obama verstärkten Praxis folgend – US-Drohnen Menschen ohne Prozess auf einem anderen Kontinent. Von hier aus wurde Libyen zerstört und in einen gefährlichen gescheiterten Staat verwandelt.

BlackRock-Lobbyist im Kanzleramt

Von 2011 bis zum Ende ihrer Kanzlerschaft im Jahr 2021 war Lars-Hendrik Röllner Merkels oberster Wirtschafts- und Finanzberater. Sie holte den Sohn des ehemaligen Dresdner-Bank-Chefs als Leiter des Wirtschafts- und Finanzressorts ins Kanzleramt.

Unter Schröder und seinem Programm zur «Entflechtung der Deutschland AG» waren ab dem Jahr 2000 amerikanische Private-Equity-Investoren in Deutschland aktiv geworden und kauften die besten, nicht börsennotierten deutschen Mittelständler auf. Siemens Nixdorf, Demag (Industriekräne) und Grohe (Badarmaturen) gehörten zu den bekanntesten. Reihenweise kauften die «Heuschrecken» auch Hunderttausende von Sozialwohnungen zu Schleuderpreisen auf.

Die «Heuschrecken» waren unter Schröder gekommen, dann unter Merkel und Röllner kam die erste Liga der US-Investoren. BlackRock, Vanguard, State Street & Co. wurden zu den führenden Aktionärsgruppen in den DAX- und MDAX-Unternehmen, darunter z.B. im grössten «deutschen» Rüstungskonzern Rheinmetall. Und BlackRock & Co sind nun auch die führenden Aktionäre der grössten «deutschen» Wohnungsunternehmen: Vonovia, Deutsche Wohnen, LEG, etc. und treiben damit die Mieten und Nebenkosten in die Höhe. Zu viel Sozialstaat ist eine europäische Krankheit, hatte schon Brzezinski verkündet.

Die hohen Gewinne der wichtigsten Unternehmen in Deutschland, auch in Krisenzeiten, wie während der Corona-Pandemie, fliessen seitdem ins Ausland, vor allem in die USA. Mit dem Ende von Merkels Kanzlerschaft verliess auch ihr Berater Röllner das Kanzleramt – wohin ging er? Zu BlackRock, versteht sich. Und BlackRock-Röllner berät auch die CDU-Politikerin Ursula von der Leyen, die EU-Kommissionspräsidentin.

Frauen in Merkels Deutschland: Arbeitsarmut und Rentenarmut

Bundespräsident Steinmeier lobte die Verleihung des Verdienstkreuzes: Merkel habe «Frauenpower» zu einer Selbstverständlichkeit gemacht.

Doch was hat Merkel als mächtige Frau mit ihrer «Frauenpower» erreicht? Sie hat die Mehrheit der Frauen in Deutschland ärmer gemacht. Sie hat das Arbeitsunrecht, das durch die vier Hartz-Gesetze legalisiert wurde, noch verschärft. Sie hat Schröders «grössten Niedriglohnsektor in Europa» in Deutschland noch vergrössert. Und sie musste Brzezinskis Kritik am geostrategisch lähmenden, überdimensionierten Sozialstaat begegnen.

Mini-Jobs, unfreiwillige und erzwungene Teilzeit- und Leiharbeit sowie Leiharbeit wurden zunehmend auf Frauen abgewälzt. Dazu wurden und werden ihre Zwangslagen als Mütter und Alleinerziehende ausgenutzt. Unter Merkel wurde der gesetzliche Mindestlohn gegen die Vorschläge von Gewerkschaften und Linken auch im Vergleich zur EU so lange wie möglich hinausgezögert und erst 2015 eingeführt. Er wurde niedrig angesetzt und wird mangels Kontrolle in Millionen von Fällen nicht gezahlt oder unterlaufen. Davon sind insbesondere auch Frauen betroffen. Und das setzt sich in der Rente fort. Merkel-Deutschland: Das ist Arbeitsarmut und Rentenarmut für die Mehrheit der Frauen, mehr als früher.

Förderung von Frauen: Nur für Führungspositionen

Aber für Frauen in Führungspositionen – dafür sprach sich Merkel aus. Gerne zeigte sie ihre patriarchalisch behüteten Milliardärsfreundinnen Friede Springer (grösster deutscher Medienkonzern Springer) und Liz Mohn (grösster europäischer TV- und Beratungskonzern Bertelsmann). Auch auf dem Women20 Gipfel in Berlin warb sie gemeinsam mit Christine Lagarde (Chefin der Europäischen Zentralbank) und Ivanka Trump (Tochter von US-Präsident Trump) für den Aufstieg von Frauen als Unternehmerinnen. Die Kanzlerin liess sich nur zu gerne von der medienwirksamen deutschen Feministin Alice Schwarzer als gute «Frauenpower» preisen, die es nun endlich auch in Deutschland gebe.

Unter Merkel wurden zwei Gesetze zur Förderung von Frauen in der Arbeitswelt verabschiedet. Das betrifft aber nur Frauen in Führungspositionen.

Seit 2016 gilt das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst: Es soll sicherstellen, dass die Frauenquote in Aufsichts-

räten mindestens 30 Prozent beträgt. Allerdings gilt das Gesetz nur für 105 grosse Unternehmen. Mit anderen Worten: Das Gesetz gilt nicht für 99,99 Prozent aller Unternehmen.

Im Jahr 2021 wurde das Zweite Gesetz für Führungspositionen verabschiedet: Auch in den Vorständen börsennotierter und mitbestimmungspflichtiger Unternehmen mit mehr als 2000 Beschäftigten soll mindestens eine Frau in einem dreiköpfigen Gremium vertreten sein. Ausserdem sollen diese Frauen nach der Geburt eines Kindes eine Babypause einlegen dürfen. Das Gesetz gilt allerdings nur für 66 Unternehmen.

Europaweite Arbeitsmigration

Wenn es um den Abbau des Sozialstaates und die Steigerung privater Gewinne ging, unterlief die glühende Vorzeige-Europäerin Merkel auch EU-Vorgaben, mit sanftem Druck von BDI, BDA und ihrem CDU-Wirtschaftsrat.

Zum Beispiel schreibt die EU vor: Leiharbeiter müssen gleich bezahlt werden – equal pay. Doch die Merkel-Mehrheit beschloss: Equal Pay kann durch einen Tarifvertrag mit einer (meist «christlichen») Gewerkschaft ausgehebelt werden. Und in den ersten neun Monaten der Beschäftigung gilt Equal Pay auch nicht. Frauen und insbesondere Migrantinnen nehmen das unfreiwillig in Kauf. Merkels Deutschland steht an der Spitze der Ungerechtigkeit in der EU, wenn es um die ungerechte, niedrigere Entlohnung von Frauen geht.

Unter Merkel wurde die Ausbeutung von Arbeitsmigranten aus Osteuropa ausgeweitet und verschärft. So wurde der Fleischkonzern Tönnies zum grössten in Europa. Fleischkonzerne aus Dänemark und den Niederlanden errichteten Niederlassungen in Merkels Deutschland. Auf dem Bau, bei der Spargelernte, in der häuslichen Pflege, im Lkw-Verkehr, bei Sicherheitsdiensten pendelten und pendeln Millionen von Niedriglohnarbeitern aus verarmten osteuropäischen EU-Staaten nach Deutschland, legal und auch illegal, übrigens auch aus den Nicht-EU-Staaten Georgien und Ukraine.

Deutschland: «Das Bordell von Europa»

Die Schröder-Fischer-Regierung hatte 2002 mit dem Prostitutionsgesetz Sexarbeit ganz modern als normale Arbeit anerkannt und liberalisiert. Doch die Mehrheit der Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter blieb in der Illegalität: Menschenhandel, mafiotische Strukturen, Zwangsprostitution mit meist armen jungen Frauen aus armen neuen EU-Ländern wie Rumänien, Bulgarien und auch von ausserhalb, zum Beispiel aus dem Kosovo und der Ukraine, zunehmend auch mit Flüchtlingen. Deutschland entwickelte sich zum zentralen Standort der (Billig-)Prostitution in Europa.

2017 wurde unter Merkel endlich das Prostituiertenschutzgesetz verabschiedet: Bordelle müssen konzesioniert werden, Prostituierte müssen sich anmelden: Alles blieb praktisch ohne Wirkung.

Im letzten Jahr vor der Pandemie wurden 40'000 Prostituierte registriert – in der illegalen Dunkelwelt von Merkels Deutschland gingen weiterhin mindestens eine halbe Million Menschen der Prostitution nach, illegal. Natürlich bekamen Bordell- und andere Prostitutionsbetreiber dann Coronahilfen: Systemrelevant.

Das vielfach populistische «Uns Deutschen geht es allen gut»

Merkel hat dies alles und die weitere Schädigung von Sicherheit, Souveränität, Freiheit, Wohlstand Deutschlands und vor allem der arbeitenden Bevölkerung keineswegs direkt gewollt.

Gewollt und forciert von anderen: Die US-Regierung, die NATO, die ständig wachsende Zahl meist amerikanischer Regierungsberater unter Merkel (McKinsey, Accenture, Freshfields, Price Waterhouse Coopers, Scholz & Friends u.v.a.m.), die führenden US-Aktionäre der Grosskonzerne und nicht zuletzt die US-Geheimdienste, von denen sich auch die Kanzlerin selbst und ihre Kabinettskollegen widerstandslos ausforschen liessen.

Merkel gab sich als Umweltkanzlerin. Nach der Fukushima-Katastrophe setzte sie sich für die Abschaltung von Atomkraftwerken ein – doch die notwendige Ersatzenergie wurde nicht beschafft. In der Europäischen Union setzte sie besonders hohe Schadstoffemissionen als zulässig für ihre Lieblinge, die Luxus-SUV-Hersteller, durch. Ebenso bei den durch die US-Kriege ausgelösten Flüchtlingsströmen, aus Afghanistan, Irak, Syrien: Merkel spielte sich als Gutmensch auf und liess nach einem Telefonat mit ihrem Freund Obama die Flüchtlinge herein – aber die notwendigen dauerhaften Vorkehrungen wurden nicht getroffen. Also lässt man die schlechten Flüchtlinge im Meer ertrinken und die guten Flüchtlinge werden eingeladen und versorgt.

Stupsen

Bundespräsident Steinmeier lobte Merkel, sie sei ganz ohne Vorbilder und Netzwerke aufgestiegen. Dieser Auftritt war nützlich. Aber natürlich war das Gegenteil der Fall.

Merkels Aufgabe war es, die von anderen vorbereiteten Entscheidungen in der CDU und der Regierungspolitik umzusetzen, als starke Frau und allein, mithilfe der endlos abgespulten Gebetsmühle «Uns geht es allen gut in Deutschland.» Das war und ist den Kapitalisten viel zuträglicher als die Direktheit von Merkels Konkurrenten Friedrich Merz mit seinem offenen Motto (damals jedenfalls, heute nicht mehr): «Mehr Kapitalismus wagen.» Merz wurde direkt bezahlter BlackRock-Lobbyist – Merkels Seilschaft aber lag im Kanzler-

amt, das unter Merkel personell ständig erweitert wurde. Still und unsichtbar liess sie BlackRock über das Kanzleramt nach Deutschland.

Zu ihrem unsichtbaren Netzwerk gehörten auch Berater der US-Regierung. Sie hatten für Obama an der Frage gearbeitet: Wie lenke ich die möglicherweise verunsicherte Wählerschaft unmerklich?

Nudging hiess die Methode, die vorwiegend von Cass Sunstein zur Reife gebracht worden war: Nicht die Wahrheit sagen, die Kapitalisten nicht beim Namen nennen, sondern nett und allgemein bleiben, den unmerklich geschröpften Wahleseln gelegentlich einen sanften Stups geben und dabei lächeln. Als Frau, die ihre im christlichen Patriarchat positiv geprägten Charaktereigenschaften beiläufig einsetzte, konnte Merkel ihre «Frauenpower» durch Stupsen noch steigern. Damit diene sie dem modernisierten Patriarchat von Bush, Obama und BlackRock-Chef Laurence Fink & Co. Das konnte sie innenpolitisch gut ausspielen, z.B. gegen den konsumtiv-korrupten Vorgänger-Patriarchen Helmut Kohl.

Feministische Aussenpolitik

Merkel hatte also nicht nur feministische Innenpolitik mit systematischer Verarmung der Mehrheit der Frauen und Rentner gelernt. Merkel hat auch viel früher als die jetzige deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock/Grüne feministische Aussenpolitik praktiziert. Und die ist bekanntlich organisch kompatibel mit der Förderung rechter Kräfte und von Patriarchen und Oligarchen weltweit.

Das liegt nicht nur daran, dass Merkel fast 20 Jahre vor Baerbock den freundlichen Förderungszuspruch des Weltwirtschaftsforums erhalten hat. Die Ideologen in Davos haben einen guten Riecher entwickelt: Wer könnte für und mit uns arbeiten? Der Erfolg kam in beiden Fällen ganz unabhängig voneinander und natürlich nicht nur deshalb.

Merkel wurde mit junger «Frauenpower» regierungsfähig für den US-geführten Kapitalismus, auch in globalen und militärischen Dimensionen. Welcher «Verteidigungs»-minister in den EU-Staaten ist noch keine Frau? Welche Chefin der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Kommission gehört noch nicht zu der von Steinmeier so gepriesenen «Frauenpower»?

Osterweiterung jenseits von EU und NATO

Merkel, als «mächtigste Frau in Europa» vorwiegend in den USA gepriesen, hat die gleichzeitige Osterweiterung von EU und NATO vorangetrieben. Rechte, ja ultrarechte, nationalistische, fundamentalistische Regierungen wie in den baltischen Staaten, in Ungarn, in Polen, in Kroatien wurden gefördert: Sie waren für westliche Konzerne ebenso empfänglich wie für antirussische Haltungen und Hetze. Sie wurden mehrheitsfähig in der Merkel-CDU-geführten Europäischen Volkspartei, ebenso wie der italienische Rechtspopulist Berlusconi.

So initiierte Merkel seit 2009 in Absprache mit US-Präsident Obama und mit der EU-Kommission die «Östliche Partnerschaft»: Daran beteiligt sind sechs Staaten, die früher zur Sowjetunion gehörten und nun für antirussische Strategien besonders geeignet erschienen. Sie waren und sind noch nicht Mitglieder der EU und der NATO. Aber sie sollten und sollen nun mit sanften Stössen langsam an beide herangeführt werden, gleichzeitig aber schon offen für westliche Konzerne und möglichst für gemeinsame Manöver mit der NATO sein.

Moldawien, Georgien und nicht zuletzt die Ukraine waren und sind unter diesen Staaten. Die vom Merkel-Staat hochsubventionierte Konrad-Adenauer-Stiftung ist bekanntlich spätestens seit dem Maidan-Putsch 2014 in der Ukraine stark engagiert, wenn auch in untergeordneter Position. Ihr letzter wichtiger Dienst an den «nationalen Interessen der USA» war bekanntlich das Minsker Abkommen – Merkel als Leitfigur –, das es der von den USA gesponserten Ukraine ermöglichte, sich mit der grössten Armee Europas zu bewaffnen.

Von Adenauer zu Merkel

Adenauer sicherte und deckte den separaten Staat BRD als neue US-Bastion in Europa gegen «Russland», mit dem vom Nazi-Regime geerbten antirussischen und antikommunistischen Potenzial.

Kohl sicherte und deckte die Übernahme der Ex-DDR in die BRD, mithilfe der US-Berater in der Treuhandanstalt.

Merkel sicherte und deckte die erweiterte globale Strategie der USA, insbesondere gegen Russland.

Die von Adenauer akzeptierte und von Obama erneuerte nukleare Erstschatz-Doktrin der USA macht einen Atomkrieg möglich – in Europa.

Die USA haben nach dem Zweiten Weltkrieg die Behauptung aufgestellt, sie hätten Europa vom Faschismus befreit. Doch für den Erhalt von Frieden, Freiheit und Wohlstand ist spätestens jetzt eines nötig: Die Befreiung Europas von den USA.

QUELLE: HOW GERMAN CHANCELLOR ANGELA MERKEL SUBJECTED GERMANY TO THE U.S.

Quelle: <https://uncutnews.ch/wie-die-deutsche-bundeskanzlerin-angela-merkel-deutschland-den-usa-unterwarf/>

The Corbett Report: Der ICC will Politiker verhaften! Ich denke, das ist eine grossartige Idee.

*T.H.G., April 27, 2023, Tipp/Must read/Topthema/Aktuell
Von James Corbett*



Wie die langjährigen Leser des Corbett-Reports wissen, ist der Internationale Strafgerichtshof das lächerliche, von der UNO gegründete Känguru-Gericht in Den Haag, das auf Geheiss seiner westlichen Geldgeber Siegerjustiz übt und seine Zeit ausschliesslich damit verbringt, Afrikaner strafrechtlich zu verfolgen und die schwierigen Fragen zu Gaddafi und Viagra zu stellen, während es Kriegsverbrechen der USA, Grossbritanniens und Israels eifrig ignoriert.

Und nun? Ganz im Sinne des Mantras «Vielfalt, Gleichheit und Einbeziehung», das heutzutage in westlichen Institutionen in aller Munde ist, hat der IStGH endlich einen Haftbefehl gegen einen führenden europäischen Politiker erlassen!

... Wenn Sie Russland als europäische Nation betrachten, meine ich.

Ja, das ist richtig. Falls Sie es noch nicht gehört haben: Der berühmte internationale Gerichtshof für Verbrecher hat einen Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin ausgestellt, in dem er beschuldigt wird, «mutmasslich für das Kriegsverbrechen der rechtswidrigen Deportation der Bevölkerung (Kinder)» verantwortlich zu sein und den «rechtswidrigen Transfer der Bevölkerung (Kinder) aus den besetzten Gebieten der Ukraine in die Russische Föderation» zu erleichtern.

Während der durchschnittliche Nachrichtenkonsument damit beschäftigt ist, herauszufinden, warum der IStGH nicht aufhören kann, das Wort «Kinder» in Klammern zu setzen, bin ich zu sehr damit beschäftigt zu applaudieren, um über solche Besonderheiten der Zeichensetzung nachzudenken.

Ja! Verhaftet die Politiker! Was für eine brillante Idee!

Aber jetzt, wo wir die Idee der ICC aufgreifen und umsetzen, stehen wir vor einem neuen Dilemma: Wen sollen wir verhaften?

Setzen wir also heute unsere Denkmützen auf, ziehen wir unsere saturnalischen Roben der Gerechtigkeit an und schlüpfen wir in unsere Völkerrechtshosen, um eine Liste von Politikern zu erstellen, die für ihre Verbrechen gegen die Menschlichkeit zusammengetrieben und für immer weggesperrt werden sollten. Seid ihr bereit?

WLADIMIR PUTIN



Ja, ICC-Ankläger, ich stimme zu! Lasst uns Putin auf jeden Fall verhaften!

... Aber nicht wegen der erfundenen Anschuldigungen, die der IStGH in seinem durchsichtigen politischen und offensichtlich betrügerischen «Denkt denn niemand an die (Kinder)?»-Haftbefehl aufgeführt hat.

In Wirklichkeit beruht der Haftbefehl des IStGH gegen Putin natürlich auf einem vom US-Aussenministerium finanzierten Bericht, der sich selbst entlarvt hat, und er wurde von einem Staatsanwalt ausgestellt, der sich auf politische Neutralität berief, während er auf von der ukrainischen Regierung organisierten Veranstaltungen sprach und sich auf einer Geberkonferenz in London mit Vertretern von NATO-Mitgliedern vergnügte.

Tatsächlich ist es so offensichtlich, dass der IStGH «Gerechtigkeit» an den Meistbietenden verkaufen will, dass sogar «The Guardian» zugab, dass der Zeitpunkt des Haftbefehls gegen Putin so gewählt war, dass er die Spenden für den Gerichtshof maximieren konnte. (Der unglaublich zynische Schachzug hat übrigens funktioniert: Der IStGH hat am Ende fast 5 Millionen Dollar von NATO-Ländern gesammelt, um seine Arbeit fortzusetzen und Russland für seine Kriegsverbrechen in der Ukraine «zur Rechenschaft zu ziehen»).

Also, nein, verhaften wir Putin nicht wegen dieser lächerlichen Anschuldigungen. Lassen Sie uns stattdessen selbst Anklage erheben.

Für den Anfang könnten wir ihn vorladen, um einige Fragen zu den russischen Wohnungsbombenanschlägen im September 1999 zu beantworten. Der damalige Ministerpräsident Putin machte «tschetschenische Terroristen» für die Bombenanschläge verantwortlich, bei denen innerhalb von 10 Tagen mehr als 300 Menschen getötet wurden, und benutzte sie als Vorwand für die Luftangriffe auf Grosny, mit denen der zweite Tschetschenienkrieg begann.

Für Kenner der Geschichte des Terrors unter falscher Flagge war es jedoch keine Überraschung, dass Agenten des russischen Sicherheitsdienstes FSB auf frischer Tat ertappt wurden, als sie in einem Wohnkomplex in Rjasan Bomben legten. Natürlich behauptete der Kreml, der vereitelte Bombenanschlag der FSB-Agenten sei Teil einer «Sicherheitsübung» gewesen, und das Ereignis wurde umgehend vertuscht. Putin nutzte in der Zwischenzeit das Trauma, das diese falsche Flagge der russischen Bevölkerung zugefügt hatte, in vollen Zügen aus. Seine Umfragewerte schnellten von 2% vor den Bombenanschlägen auf 55% danach in die Höhe, und Ende des Jahres wurde er zum neuen Präsidenten Russlands ernannt.

Oder warum sollte man Putin nicht dafür verhaften, dass er von ganzem Herzen und aus voller Kehle am Aufbau des russischen Biosicherheitsnetzes mitgewirkt hat?

Immerhin hat er die Sputnik-V-Impfung aktiv gefördert und immer wieder behauptet, dass «wir alles machen müssen, um diese Pandemie zu besiegen, und das beste Mittel, das wir in diesem Kampf haben, ist die Impfung». Er hat wiederholt die «unzureichende» Inanspruchnahme der Impfung durch die Russen beklagt, und sein Pressesprecher hat erklärt, dass «jede Massnahme, die mehr Menschen zum Impfen bewegen kann, gut ist» und «nur die Impfung vor dem Tod bewahrt». Putin liess es sich sogar nicht nehmen, die regionalen Gouverneure Russlands daran zu erinnern, dass sie befugt sind, die Bürger zu einer Impfung zu zwingen.

Er hat die Biosicherheit zu einem zentralen Thema des russisch-chinesischen Bündnisses gemacht, das – wie uns bestimmte Teile der «alternativen» Medien ständig versichern – das Rückgrat des neuen Machtblocks bildet, der sich der Tyrannei des NATO-Blocks «entgegenstellen» will. Putin hat versprochen, dass «der Kampf gegen die neuartige Coronavirus-Infektionspandemie einen besonderen Schwerpunkt bilden wird», da diese «anhaltende Pandemie» «eine ernsthafte Herausforderung für die Erfüllung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung» darstelle. Er hat sogar Vereinbarungen mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping unterzeichnet, um «die Vertiefung des Informationsaustauschs zum Thema COVID-19-Pandemie und die Verstärkung der Koordination bei der Interaktion auf Plattformen wie der WHO sicherzustellen.» Und er hat nicht nur die Einrichtung eines digitalen Ausweissystems in Russland befürwortet, sondern die Regierung sogar aufgefordert, die Entwicklung eines solchen Systems zu beschleunigen («je schneller, desto besser»), indem er darauf hinwies, dass «solche Dienste sehr gefragt sind und man ihre Einführung einfach beschleunigen muss.»

Muss ich noch mehr sagen?

Oh, okay.

Putin unterzeichnete ein Biometriegesetz, das illegal durch die Staatsduma gepeitscht wurde. Unter dem Vorwand, die zwangsweise Erfassung biometrischer Daten zu «verbieten», erweitert das Gesetz in Wirklichkeit das von Rostelcom 2018 eingeführte (von der Weltbank befürwortete) «einheitliche biometrische System» zur Erfassung von Fingerabdrücken, Gesichtsbildern, Stimmen, Iris und Handvenenmustern russischer Bürger und legt die Kontrolle über diese biometrischen Daten in die Hände einer privaten Einrichtung. Wie selbst Putin-freundliche russische Altmedien warnen, ist das Gesetz «zutiefst verfassungswidrig und schafft die Grundlage für den Aufbau eines «digitalen Konzentrationslagers» in Russland.»

Ausserdem hat Putin mit seinem alten Freund (und «ehemaligen» WEF-Kuratoriumsmitglied) Herman «Sberbank» Gref bei der Einführung des biometrischen Kontrollnetzes des Landes zusammengearbeitet. Im Jahr 2021 hielt Putin die Grundsatzrede auf der Sber-Konferenz über künstliche Intelligenz – «einer der

wichtigsten globalen Treffpunkte für die Diskussion über künstliche Intelligenz», wie Putin versichert –, auf der er die Bemühungen von Sber lobte, KI-Technologien zu nutzen, um «das Gesundheits- und Bildungswesen, den Umweltschutz und die Landwirtschaft, die Industrie und den Verkehr» umzugestalten, und seinen globalistischen Amigo ermutigte, «die digitale Transformation in allen Bereichen zu beschleunigen und so bald wie möglich von isolierten Experimenten und Pilotinitiativen zu End-to-End-Projekten mit KI-Anwendungen überzugehen.» Und für den Fall, dass wir es nicht verstanden haben, hielt Putin auf der Konferenz 2022 erneut die Grundsatzrede und teilte uns mit, dass sein «nächstes Ziel am Horizont des laufenden Jahrzehnts darin besteht, eine breitere Einführung der künstlichen Intelligenz sicherzustellen.» Kurz gesagt: Ja, verhaftet Putin!

Aber warum dort aufhören? Da wir die 5D-Schach spielenden, MAGA-unterstützenden Hopium-Süchtigen in der Menge bereits verärgert haben, warum gehen wir nicht aufs Ganze und verhaften ...?

DONALD TRUMP



Bevor jetzt die Rotmützen in der Menge anfangen zu hyperventilieren («Ich wusste schon immer, dass du ein Lockvogel bist, James!»): Entspann dich! Natürlich denke ich nicht, dass der Orangenmann in einen orangefarbenen Overall gesteckt werden sollte, nur weil Stormy Daniels gegen die Wahlkampffinanzierung verstossen hat.

Und wenn Sie denken, dass ich über Russiagate spreche, dann haben Sie meine typisch unterhaltsame und urkomische (wenn ich das selbst sagen darf) Entlarvung von Russiagate nicht gesehen.

Nein, das ist alles links/rechts, Coke/Pepsi parteipolitischer Ablenkungsunsinn. Lassen Sie uns stattdessen Trump für etwas von Bedeutung verhaften.

Und für was? Nun, wie wäre es mit seiner Arbeit gegen amerikanische Interessen im Dienst einer ausländischen Macht?

Nein, ich spreche nicht von Russiagate, Dummerchen. Wie ich bereits 2017 bemerkte: «Vergessen Sie Russiagate, der ECHTE Skandal ist Israelgate.»

Oh, Sie erinnern sich nicht an Israelgate? Das ist nicht überraschend, denn Russiagate wurde von denselben Wahrheitsverkündern in den Bastionen der Wahrhaftigkeit wie CNN und MSNBC endlos gehypt, und Israelgate wurde von diesen kontrollierten (Fake-)Nachrichtensendern kein einziges Mal erwähnt.

Für diejenigen, die es nicht wissen: Michael Flynn wurde aus seiner Rolle als Trumps nationaler Sicherheitsberater entlassen, nachdem er sich in einem Punkt der Lüge gegenüber dem FBI über seine Verhandlungen mit dem russischen Botschafter schuldig bekannt hatte. Aber worüber hat er mit den Russen «verhandelt»? Hmmm. Lassen Sie mich in meinen Notizen nachsehen. ...

Ach ja, richtig! Er «verhandelte» mit den Russen über deren Abstimmung über die Resolution 2334 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Sie wissen schon, die Resolution, mit der Israels ethnische Säuberung der Palästinenser verurteilt werden sollte? Und worüber genau hat er mit seinem russischen Amtskollegen telefoniert? Ach ja, er hat versucht, die Russen zu überreden, bei der Resolution mit «Nein» zu stimmen.

Und wer hat ihn auf diese Aufgabe angesetzt? Kein Geringerer als der Schwiegersohn des Oberhauptes, Jared Kushner, das mit allen Wassern gewaschene Wunderkind, dessen Familie so eng mit Israels zionistischen Likudniks verbunden ist, dass er Benjamin Netanjahu einmal in seinem Bett schlafen liess (ja, wortwörtlich) und der nicht offenlegte, dass er eine Stiftung leitete, die tatsächlich eine illegale israelische Siedlung finanzierte (ja, wirklich).

Oh, warten Sie. Ich Dummerchen! Es scheint, als ginge es bei Israelgate nur um Trumps Schwiegersohn und überhaupt nicht um Trump selbst. Ich meine, es ist ja nicht so, dass Donald J. Trump jemals Amerika im Interesse Israels verraten würde, oder?

OK, ich schätze, er hat die US-Botschaft nach Jerusalem verlegt und damit einseitig die langjährige US-Aussenpolitik in der Region geändert, um Israels ethnische Säuberung der Palästinenser stillschweigend zu billigen. Und Donald-«Make Israel Great Again»-Trump prahlte bei jeder Gelegenheit damit, dass er ein «wahrer Freund Israels» sei, der zwar ein «Neuling in der Politik, aber nicht in der Unterstützung des jüdischen Staates» sei, und brüstete sich damit, dass die Israelis ihn für «den König von Israel» halten und ihn wie «den zweiten Gott» lieben. Und er hat Wahlkampfvideos für seinen besten Kumpel Benjamin Netanjahu gedreht (ein weiterer nicht verurteilter Verbrecher, der eigentlich verhaftet werden sollte).

Aber er würde niemals die amerikanischen Interessen zugunsten Israels verraten. Um Himmels willen! Ich schätze, Kushner muss Flynn ganz allein zu diesem Telefonat angestiftet haben.

Wofür können wir Trump also noch verhaften?

Nun, wie wäre es mit seinen internationalen Kriegsverbrechen in Syrien? Sie wissen schon, das Land, das Trump – wie Obama (der verhaftet werden sollte) und Bush (der verhaftet werden sollte) vor ihm – jahrelang in einem völlig illegalen Versuch eines Regimewechsels bombardiert hat? Oder hat die internationale Gemeinschaft die Syrien-Schläge bereits vergessen?

Erinnern Sie sich an die Syrien-Schläge? Überzeugt von den Bildern, die ihm von den oscarprämierten Weisshelmen zur Verfügung gestellt wurden, dass Assad tatsächlich die «schönen Babys» von Douma vergast hatte, und offenbar nicht überzeugt von allen verfügbaren Beweisen, dass es sich in Wirklichkeit um eine weitere falsche Flagge handelte, die von den Anti-Assad-Terroristen verübt wurde, liess Trump 2017 59 Tomahawk-Landraketen auf das Land abfeuern (und fügte dabei seinen Freunden bei Raytheon 5 Milliarden Dollar zu).

Oder erinnern Sie sich, als Trump mit den «höchst erfolgreichen» (und höchst illegalen) Razzien prahlte, die er im Rahmen des jahrelangen von den USA unterstützten Kriegsverbrechens im Jemen anordnete, das er ebenfalls von Obama geerbt und während seiner Amtszeit schadenfroh ausgeweitet hatte?

Dies sind zweifelsohne Vergehen höchsten Ranges. Aber wenn wir Trump wirklich für seine Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhaften wollen, warum verurteilen wir ihn dann nicht für genau das, worauf er am stolzesten ist: Seine Rolle bei der Betrugsdemokratie?

Trump's lauteste Verteidiger vergessen immer gerne, dass ihr orangefarbener Held ins Amt kam, weil er bereit war, über den Zusammenhang zwischen Impfstoffen und Autismus zu diskutieren, und weil er versprach, RFK Jr. zum Vorsitzenden einer Kommission für Impfstoffsicherheit zu ernennen, dass aber unter seiner Aufsicht Impfstoffe das Grösste seit geschnittenem Brot wurden und eine Impfstoffsicherheitskommission von RFK Jr. vom Tisch war, weil Bill Gates ihm sagte, es sei eine schlechte Idee.

Sie vergessen, dass es Trump war, der die Operation Warp Speed anordnete und der die MAGA-Impfung als seine «grösste Errungenschaft» bezeichnete.

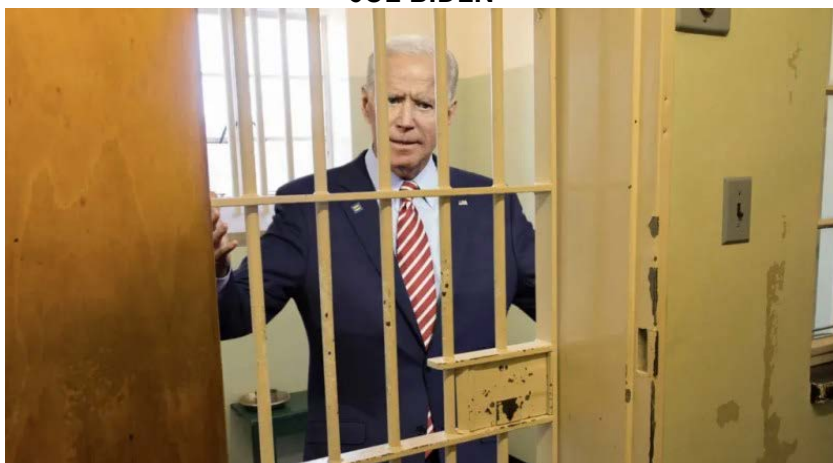
Sie vergessen, dass es Trump war, der während des gesamten Verlaufs der Betrugsdemie jedes Diktat von Fauci befolgte und den Shutdown des Landes auf Geheiss der «Gesundheits»-Tyrannen zuliess.

Sie vergessen, dass es Trump war, der den ultimativen Impfstoff-Köder auslegte, indem er der WHO die Mittel entzog, um sie an Gates GAVI, die Impfstoff-Allianz, zu geben.

Ja, wenn irgendein Führer der Welt sich für die Verbrechen gegen die Menschheit verantworten muss, die während der Betrugsdemie begangen wurden, dann ist es Trump. Können Sie sich vorstellen, dass Trump tatsächlich der Held wäre, für den ihn die QAnoners halten? Können Sie sich vorstellen, dass er die Betrugsdemokratie als den durchsichtigen Schwindel, der sie war, anprangert, anstatt die Verbrechen des tiefen Staates aktiv zu unterstützen? Ich kann das auch nicht.

Aber bevor die intellektuell herausgeforderten Dummköpfe der politischen Farce von links und rechts hingehen und mich beschuldigen, ein verdammter Kommunisten-liebender Pinko zu sein, weil ich Putin und Trump auf die Verhaftungsliste gesetzt habe, lassen Sie mich fortfahren und die Verhaftung von ... fordern.

JOE BIDEN



Wenn es um Joseph Robinette Biden, Jr. geht, den 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, gibt es wieder einmal keinen Mangel an Anklagen, die in den Haftbefehl aufgenommen werden könnten. Es wäre verlockend, ihn für seine unaufhörlichen Lügen zu verhaften – von den grossen, folgenreichen Lügen (wie der Lüge von der sicheren und wirksamen Injektion und der Pandemie der Ungeimpften und der Lüge, dass es der Wirtschaft gut geht) bis zu den kleinen, bizarren Lügen. Erinnern Sie sich noch daran, als er ohne besonderen Grund die Geschichte erfand, dass er College-Football spielt? Oder als er eine Geschichte darüber erfand, dass er von Golda Meir rekrutiert wurde, um im Sechstagekrieg zu helfen? (Aber keine Sorge, es stellte sich heraus, dass Corn Pop völlig echt war.)

Aber wenn man nüchtern darüber nachdenkt, ist Lügen (im Allgemeinen) kein Verbrechen, und wir wollen doch keinen Präzedenzfall schaffen, der es Bidens Leuten erlauben würde, Leute wegen ihrer Rede zu verhaften, oder?

Vielleicht wäre es dann produktiver, Biden für seine Verbrechen in der Ukraine zu verhaften.

Damit meine ich nicht nur seine Kriegsverbrechen in der Ukraine oder gar die ukrainischen Kriegsverbrechen im Donbass, die die Regierung Biden jetzt aktiv unterstützt. Ich spreche auch von Bidens Vorkriegsverbrechen in der Ukraine, von den Machenschaften seines Sohnes im Vorstand von Burisma Holdings im Namen «des grossen Mannes» bis hin zu Bidens eigenem unglaublichen Eingeständnis vor laufender Kamera, dass er drohte, der ukrainischen Regierung eine Darlehensgarantie in Höhe von einer Milliarde Dollar vorzuenthalten, wenn sie nicht den Generalstaatsanwalt entlassen würde ... der, wie sich herausstellte, versuchte, Burisma wegen seiner korrupten Praktiken zu verfolgen.

Aber das ist eine lange und komplizierte Geschichte, die die Gerichte zweifellos jahrelang beschäftigen und viele langweilige Zeugenaussagen hervorbringen würde, die die TikTok-süchtige, fluoridgeschwängerte Öffentlichkeit sicher schon vor Bidens unvermeidlicher Verurteilung leid wäre.

Warum wird er also nicht für etwas verhaftet, das viel verständlicher (und sofort abstossend) ist, wie seine lange und dokumentierte Reihe von sexuellen Übergriffen und Belästigungen?

Traurigerweise beziehe ich mich in diesem Fall nicht nur auf Tara Read, eine Mitarbeiterin in Bidens Senatsbüro in den 1990er Jahren, die ihn unangemessener Berührungen und eines konkreten sexuellen Übergriffs beschuldigte (und die daraufhin von denselben Leuten, die uns sagen, wir sollten «allen Frauen glauben» ... solange diese Frauen Demokraten sind, einer intensiven Prüfung unterzogen wurde).

Und ich spreche nicht nur von den Fotos und Videos, auf denen Joe Biden erwachsene Frauen streichelt und ihnen bei verschiedenen offiziellen Anlässen im Laufe seiner Karriere sichtlich Unbehagen bereitet.

Nein, ich spreche von den zahlreichen minderjährigen Mädchen, die in unangemessener Weise vor laufender Kamera betatscht, befummelt, gestreichelt und sogar geküsst wurden.

Es ist wichtig zu verstehen, dass Bidens sexuelle Belästigung von Frauen und Mädchen keine Verschwörungstheorie am Rande ist. Ganze Websites wurden eingerichtet, um diese Übergriffe zu dokumentieren. Sogar seine eigene Tochter hat in einem Tagebucheintrag über die unangemessenen Duschen, die Biden in jungen Jahren mit ihr nahm, die Frage aufgeworfen, ob sie von dem derzeitigen Bewohner des Oval Office belästigt wurde.

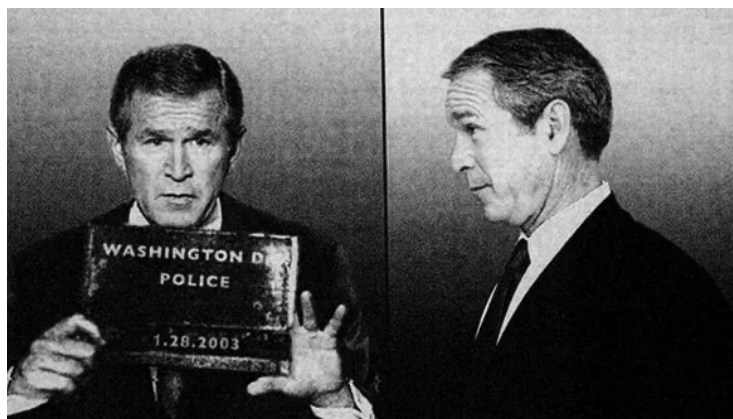
Natürlich hat das Establishment Lakaien-Medien (zur Überraschung von niemandem) laufen zu Bidens Verteidigung bei jeder Gelegenheit, mit dem Konsens unter den trendigen, progressive, #MeToo-unterstützenden Demokraten ist, dass «Onkel Joe» ist nur ein bisschen Hände-y und nicht erkennen, er ist unangemessen. Und ausserdem hat sich Biden mit Lady Gaga zusammengetan, um Traumazentren für Opfer von körperlichem und emotionalem Missbrauch zu gründen, also muss er ein guter Kerl sein, oder? Schliesslich würde ein glaubwürdig beschuldigter Vergewaltiger, der eine PR-Auffrischung braucht, niemals einen zynischen Trick anwenden, um die Suchergebnisse für «Biden sexuelle Übergriffe» mit wohltuenden Geschichten über Onkel Joes Traumazentren zu verunreinigen, oder?

Doch für die parteipolitischen Schreiberlinge sind sexuelle Übergriffe in Ordnung, wenn der Mann, der sie begeht, zu ihrem politischen Team gehört. Fragen Sie einfach die Opfer von Bill Clinton. Ich bewege mich nicht in diesen elitären Kreisen, und vielleicht verstehe ich diese Doppelmoral einfach nicht. Alles, was ich weiss, ist, dass ich als Vater eines jungen Mädchens weiss, dass, wenn ein Mann meine Tochter so anfassen würde, er in kürzester Zeit sein Gesicht umgestaltet bekäme.

Also, ja: Lassen Sie uns den Internationalen Strafgerichtshof dazu bringen, auch gegen Biden einen dieser Haftbefehle auszustellen, bitte.

Aber wie können wir über kriminelle Präsidenten sprechen, die verhaftet werden müssen, ohne zu sagen, dass ...

GEORGE W. BUSH



OK, OK, das ist ein Klacks, aber wollen Sie wirklich eine Liste von Politikern erstellen, die verhaftet werden sollen, OHNE dass W dabei ist? Natürlich tun Sie das nicht, und ich auch nicht.

Um fair zu sein, ich bin nicht der erste, der auf die Idee kommt, Bush 43 für seine Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhaften. Es gab einige, die sich für Bushs Verhaftung einsetzten, als er 2009 in Calgary sprach, darunter Splitting The Sky (R.I.P.). Wie Sie sich erinnern werden, hat Splitting The Sky sogar versucht, den teuflischen Bush fils zu verhaften ... aber leider entkam der Verbrecher.

Dann war Bush gezwungen, eine Reise in die Schweiz abzusagen, um bei einer Spendenaktion für den United Israel Appeal zu sprechen, nachdem bekannt geworden war, dass eine Reihe von Menschenrechtsgruppen beabsichtigten, Bush wegen seiner Kriegsverbrechen strafrechtlich zu verfolgen, einschliesslich seines Verstosses gegen das Übereinkommen gegen Folter, das die Vereinigten Staaten unterzeichnet haben.

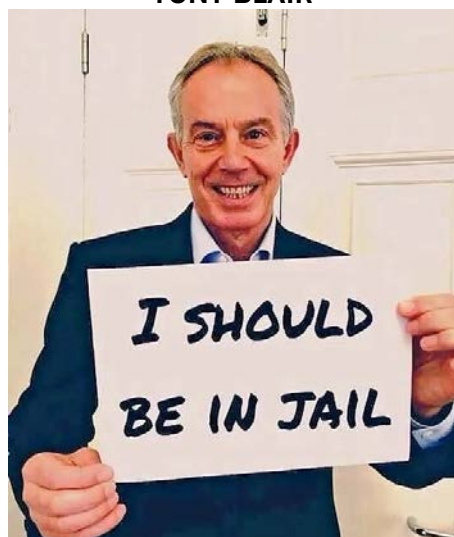
Die Kanadier meldeten sich 2011 wieder zu Wort, als das Canadian Centre for International Justice unter Berufung auf die Beweise in einem UN-Bericht von 2006, einem Bericht des Europarats von 2007 und einem Bericht des Streitkräfteausschusses des US-Senats von 2008 sowie auf die Aussagen der UN-Sonderberichterstatter Nowak und Scheinin und ein Eingeständnis von Cheney aus dem Jahr 2009 und Bushs eigene Memoiren aus dem Jahr 2010 versuchte, den 9/11-Criminal-in-Chief strafrechtlich zu verfolgen, aber anscheinend gilt «Die Mounties kriegen immer ihren Mann» nur, wenn dieser Mann nicht der psychopathische Nachkomme einer berühmten internationalen Verbrecherfamilie ist. Die Strafverfolgung wurde von der Regierung von British Columbia blockiert, und der Wahldieb entkam erneut der Justiz.

Bush erhielt schliesslich 2012 sein Urteil, als die Kriegsverbrecherkommission in Kuala Lumpur George W. Bush der Kriegsverbrechen bei der illegalen Invasion des Irak für schuldig befand. Seltsamerweise hat das aber nicht dazu geführt, dass irgendein Land ihn tatsächlich verhaftet hat ... noch nicht.

Aber hey, Bush hat sich nicht davon abhalten lassen, das Blut von Millionen unschuldiger Iraker zu vergiesen, auch wenn der Irak keine Massenvernichtungswaffen hatte. Werden wir also wirklich aufhören zu versuchen, einen der grössten Kriegsverbrecher des 21. Nein, natürlich nicht!

Ich sollte wohl klarstellen, dass es sich hier nicht um eine parteipolitische Angelegenheit handelt. Lasst uns jeden lebenden US-Präsidenten für seine Beteiligung an Verbrechen gegen die Menschlichkeit und für seine Expansion des amerikanischen Imperiums auf dem Rücken unzähliger toter Frauen und Kinder verhaften! Und wenn wir schon dabei sind, sollten wir auch ihre Freunde festnehmen. Freunde wie...

TONY BLAIR



Wenn Bush das Gefängnis verdient (und das tut er mit Sicherheit), dann verdient es Tony Blair sicherlich, direkt neben ihm zu sitzen, wenn das Kriegsverbrechertribunal beginnt. Denn als Bush und Cheney und Rice und die Schar der Neocons in Washington den vertrauensseligen amerikanischen Dummköpfen einen völlig erfundenen «Atompilz» verkauften, war da Blair, der sein sexuelles Dossier verkaufte, mit seiner 45-Minuten-Fantasie hausieren ging und David Kelly ermordete. Und als Bush plante, ein Ereignis unter falscher Flagge zu inszenieren, um den Krieg im Irak zu rechtfertigen, mit wem hat er sich da verschworen? Richtig! Tony «Aztec Rebirther» Blair. Und als es an der Zeit war, der Öffentlichkeit den Osama-did-9/11-Mythos zu verkaufen, wen hat Bush da angeworben? Sie haben es erraten. Und dann war da noch Blairs eigene 7/7-Falschmeldung, die dazu diente, den Terrormythos aufrechtzuerhalten, sowie seine Forderung, «gegen künftige Problemkinder vorzugehen, bevor sie überhaupt geboren sind», und seine wiederholten Forderungen nach digitalen IDs und Impfpässen. Ja, es gibt keinen Mangel an Gründen, warum wir Tony Blair auf die Liste der gefährlichen politischen Verbrecher setzen sollten, die hinter Gitter gebracht werden müssen. Aber warten Sie einen Moment. Wenn ich mir diese Liste ansehe, fällt mir auf, dass etwas fehlt, nämlich Östrogen!

JACINDA ARDERN



Verzeihen Sie mir! Ich habe vergessen, dass wir uns im Befinden und dass jede Liste, die keine Frau enthält (wie auch immer das definiert wird!), nicht den Anforderungen der Gleichberechtigungs- und Inklusionsbewegung entspricht.

An weiblichen Kriminellen mangelt es nicht, die zur Auswahl stehen. Für die Verhaftung von Angela «Minsker Betrügerin» Merkel sollten wir natürlich einen orangefarbenen Overall bereithalten. Und wir sollten auch nicht Sanna «Ich war definitiv nicht auf Drogen!» Marin, nur weil sie als Finnlands oberste Pathokratin abgelöst worden ist.

Aber wenn wir uns die kürzlich verstorbenen Premierministerinnen vornehmen, sollten wir mit Jacinda Ardern beginnen.

Wie bei allen anderen auf unserer Liste gibt es keinen Mangel an Gründen, einen Haftbefehl gegen die ehemalige neuseeländische Premierministerin zu erlassen, einschliesslich ihrer Versuche, die Rechte der Bürger auf freie Meinungsäusserung im In- und Ausland mit einem globalen Zensursystem zu beschneiden. Und wer könnte die Beteiligung der neuseeländischen Regierung an den Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der Skandämie vergessen, wie die zügellose Diskriminierung von Ungeimpften und die Einführung des medizinischen Kriegsrechts in den vom Militär betriebenen Quarantäneeinrichtungen? Schliesslich urteilten sogar die neuseeländischen Gerichte, dass Arderns Regierung «rechtswidrig, unvernünftig und unter Verstoß gegen die Bill of Rights» gehandelt hatte, als sie ein völlig verrücktes Quarantäne-Lotteriesystem einführte, und dass ihr Impfmandat für das Personal der Polizei und der Verteidigungskräfte ebenfalls einen Verstoß gegen die Grundrechte darstellte und somit illegal war.

Aber von all den vielen Verbrechen, die Ardern während ihrer Zeit als Premierministerin beging, muss eines der ungeheuerlichsten die Verhaftung des Aktivisten und Pastors Billy Te Kahika und des alternativen Medienmoderators Vinny Eastwood wegen des «Verbrechens» des Protests gegen Neuseelands drakonische Abriegelungsgesetze sein. Sie wurden nicht nur verhaftet und wegen «Verstössen gegen den Covid 19

Response Act in Gewahrsam genommen, sondern Billy und Vinny wurden, wie meine Leser vielleicht schon gesehen haben, für ihre Teilnahme an friedlichen Protesten zu Haftstrafen von 4 Monaten bzw. 3 Monaten verurteilt.

Wie die change.org-Petition, die ihre Freilassung fordert, feststellt, wird Billy (seit fast zwanzig Monaten von der neuseeländischen Regierung verfolgt und von den regierungsfinanzierten Mainstream-Medien in Neuseeland unaufhörlich verleumdet), und seine Gefängnisstrafe (ist die härteste Strafe dieser Art, die bisher in der westlichen Welt verhängt wurde).

Bedenken Sie, dass dieser gefängniswürdige Protest nur wenige Monate vor der Lockerung der neuseeländischen Abriegelungsmassnahmen stattfand und Ardern bestätigte, dass Orgien mit bis zu 25 Personen wieder legal seien! (Es sei denn, die Orgien-Teilnehmer diskutierten über ihre Ablehnung von Abriegelungen, was vermutlich der Fall war.)

Aber wenigstens ist für Jacinda alles gut ausgegangen. Nachdem sie in einer Rede, in der sie ihren Rücktritt als Premierministerin ankündigte, Krokodilstränen vergoss und behauptete, sie habe keine anderen Pläne für die Zukunft als (Zeit mit ihrer Familie zu verbringen), nahm sie prompt ihr Wort zurück und trat einen neuen Posten als ... an.

... warten Sie es ab ... autoritäres Internet!

Richtig, anscheinend ist (Zeit mit ihrer Familie verbringen) Weltsprache für (eine Sonderbeauftragte für den Christchurch Call werden), die von Neuseeland geleitete globale Zensurbehörde, deren Ziel es ist, (terroristische und gewalttätige extremistische Inhalte im Internet zu eliminieren), indem sie alle ihre politischen Gegner als Terroristen abstempelt und deren Material aus dem Internet entfernt.

Leider zieht sich Ardern also nicht wie versprochen aus dem öffentlichen Leben zurück. Aber es ist gut zu wissen, dass sie der neuseeländischen Öffentlichkeit auf ihrem Weg nach draussen noch eine letzte Lüge auftischen konnte!

VERHAFTET SIE ALLE!

Wissen Sie, diese Liste zu erstellen, ist viel schwieriger, als ich erwartet hatte. Nicht, weil es nicht genug Politiker gibt, die man verhaften könnte, sondern weil es zu viele sind.

Ich meine, wir haben bereits Biden, Trump und Bush 43 auf der Liste, also können wir auch jeden anderen amerikanischen Präsidenten auf die Liste setzen. (Ja, jeden einzelnen von ihnen.)

Und ich möchte nicht der pro-kanadischen Voreingenommenheit bezichtigt werden, also bin ich mehr als glücklich, Trudeau für seine Verbrechen gegen das kanadische Volk auf diese Liste zu setzen.

Und ich bin noch nicht einmal bei Präsident Xi Jinping angelangt, der ein Leben lang Präsident bleibt.

... Hmm. Wenn ich so darüber nachdenke, wird diese Liste schon zu lang, und ich fange gerade erst an!

Ich meine, wir haben noch gar nicht darüber nachgedacht, was passieren würde, wenn wir die Kuala Lumpur Foundation to Criminalize War und ihren Vorschlag, die Kriegsführung selbst zu einem Verbrechen zu machen, ernst nehmen würden. Wie viele Politiker kämen dann noch auf die Liste der Verhaftungsbefehle?

Warum kommen wir also nicht einfach zur Sache. Anstatt eine Liste aller Politiker zu erstellen, die wir verhaften sollten, wäre es vielleicht einfacher, eine Liste aller Politiker zu erstellen, die wir nicht verhaften sollten.

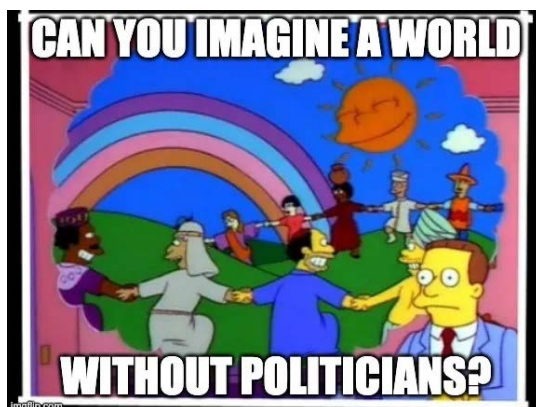
OK, lassen Sie mich darüber nachdenken.

... Ähhh ... Geben Sie mir eine Minute. ...

Ahhh, das ist zu schwierig. Verhaften wir sie doch einfach alle!

Natürlich würde das bedeuten, dass wir uns mit der Aussicht auf eine Welt ohne Politiker auseinandersetzen müssten. Ich meine, können Sie sich eine Welt ohne Politiker vorstellen?

Und wissen Sie was? Ich bin bereit, es zu versuchen, wenn Sie es auch tun.



QUELLE: THE ICC WANTS TO START ARRESTING POLITICIANS! I THINK THAT'S A GREAT IDEA!

Quelle: <https://uncutnews.ch/the-corbett-report-der-icc-will-politiker-verhaften-ich-denke-das-ist-eine-grossartige-idee/>



Ein Artikel von Oskar Lafontaine; 27. April 2023 um 8:05
 Titelbild: Salma Bashir Motiwala/shutterstock.com

Joe Biden will noch einmal US-Präsident werden. Er will seinen «Job zu Ende bringen». Franz Josef Wagner von der Bild-Zeitung würde ihn wählen. Und die Saarbrücker Zeitung teilt ihren Lesern heute mit: «Aus europäischer Sicht wäre Bidens Wiederwahl ohnehin das Beste, was passieren könnte.» Im merkwürdigen Gegensatz steht dazu das Urteil von Robert Gates, der Bush und Obama als Verteidigungsminister diente: «Joe Biden lag bei fast jeder grösseren aussen- und sicherheitspolitischen Entscheidung der vergangenen vierzig Jahre falsch.» Von Oskar Lafontaine.

Nicht nur für Europa, sondern auch für die Welt wäre es schlecht, wenn Biden wiedergewählt würde: Er hat die verbrecherischen Angriffskriege in Jugoslawien, Afghanistan und im Irak befürwortet.

Er setzt den völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg, in dem unschuldige Menschen umgebracht werden, wie seine Vorgänger fort. Die deutschen Vasallen sehen weg.

Er hat einen Terrorakt gegen die Bundesrepublik Deutschland befohlen und liess die Gasleitungen Nord-Stream zerstören. Die unterwürfigen Feiglinge in Deutschlands Politik und Medien wollen davon nichts wissen.

Er eskaliert die Auseinandersetzung mit China und will, dass die Europäer dabei sind, falls es zum Krieg kommt.

Putins Einmarsch in die Ukraine ist völkerrechtswidrig. Aber ohne den Vizepräsidenten Biden hätte es den Ukraine-Krieg nicht gegeben. Er ist einer der Hauptverantwortlichen:

Er unterstützte das Vorrücken der NATO mit Militäreinheiten und Raketen ohne Vorwarnzeit an die russische Grenze.

Er hat den von seiner jetzigen Staatssekretärin Victoria Nuland organisierten Putsch auf dem Maidan 2014 in der Ukraine zu verantworten. Anschliessend führten die ukrainischen Präsidenten einen Bürgerkrieg gegen die russischsprachige Bevölkerung in der Ostukraine mit 14'000 Toten.

Er ist tief in die Korruption der Oligarchen in der Ukraine verstrickt: Seinem Sohn Hunter Biden wurden 600'000 Dollar im Jahr für seine «Tätigkeiten» im «Aufsichtsrat» des ukrainischen Energie-Giganten Burisma Holdings bezahlt, weil seine «Leistung» darin bestand, Sohn des US-Vizepräsidenten zu sein. Joe Biden brüstete sich damit, die sofortige Ablösung des ukrainischen Generalstaatsanwalts Wiktor Schokin veranlasst zu haben, weil der gegen Burisma wegen Korruption ermittelte.

Ein Segen für Europa und die Welt wäre es, wenn in den USA wieder ein Präsident an die Macht käme, der, wie einst der legendäre John F. Kennedy, für Frieden und Abrüstung einträte.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=96864>

Die Werte des Westens

Wirtschaftskriege – nicht zielführend, destruktiv, meist rechtswidrig.

Das Wort Sanktionen ist der Öffentlichkeit heutzutage vertraut. Immer wieder wird in Rundfunk, Fernsehen und der Presse von der Erweiterung oder Verschärfung von Sanktionen berichtet.

Gerichtet sind sie gegen Russland, Iran oder ein anderes Land. Weniger vertraut ist der Begriff Wirtschaftskrieg, der mehr Bedrohung signalisiert. Aber auch die Vorstellungen, die wir damit verbinden, sind weit von der Realität entfernt und bedeuten eine Verharmlosung.

Von GEORG AUERNHEIMER | Veröffentlicht vor 10 Stunden in: Kriege (Anmerkung: 27.4.2023)



Foto: Cancillería Argentina Lizenz: CC BY 2.0, Mehr Infos

Die Verhängung von Sanktionen seitens der USA und der EU oder von welchem Staat immer ist rechtlich mehr als fragwürdig, weil sie dem UN-Sicherheitsrat vorbehalten sein sollte. (Hier eine Sitzung aus dem Jahr 2017.)

Im Jahr 1990 verhängte der UN-Sicherheitsrat nach dem Überfall Saddam Husseins auf Kuwait umfassende Sanktionen gegen den Irak. Abgesehen vom Importverbot schuf der Devisenmangel eine extreme Notlage. Denn da die Ölexporte wegfielen, konnten keine Nahrungsmittel, keine Medikamente und andere Güter des täglichen Bedarfs, auch keine technischen Geräte wie Wasserpumpen importiert werden. Die Wirtschaft brach zusammen.

Nach Richard Garfield von der Columbia University führte das zu einer exorbitanten Zunahme der Kindersterblichkeit zwischen 1991 und 2002. Bis zu 530'000 Kinder starben nach seiner Schätzung, ihm zufolge ein historisch fast einmaliger Anstieg der Kindersterblichkeit.¹ Tim Dyson, Professor für Bevölkerungswissenschaften an der London School of Economics, schätzt in einer Studie von 2006 die Zahl der toten Kinder unter fünf Jahren sogar auf bis zu 880'000. Wie viele Iraker anderer Altersstufen umkamen, ist nicht bekannt. Sicher ist, dass deutlich mehr Mütter im Kindbett starben. Jedenfalls wirkte sich das Sanktionsregime, von der US-amerikanischen Rechts- und Moralphilosophin Joy Gordon als «invisible war» bezeichnet, verheerend auf «die Gesundheit, die Bildung und das Wohlbefinden fast der gesamten Bevölkerung» aus.² Nach Yaak Pabst, Politikwissenschaftler und Journalist, forderte dieser dreizehnjährige Wirtschaftskrieg mehr Menschenleben als die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki.³

Unter dem Eindruck der Studien über diesen Krieg schrieb der Journalist Michael Holmes im Jahr 2010: «Viele betrachten Sanktionen als ein moderates Mittel, das zum Einsatz kommen sollte, wenn die Diplomatie versagt hat, aber ein Krieg verhindert werden muss. Diese Sichtweise ist gefährlich. Aus der jüngsten Geschichte des Irak können wir lernen, dass eine Wirtschaftsblockade ebenso verheerende Folgen für die Zivilbevölkerung eines Landes haben kann wie eine Militärintervention.»⁴ Carol Tahan, Nonne und Leiterin des «italienischen Krankenhauses» in Damaskus, meinte im November 2022 sogar, die gegen Syrien verhängten Sanktionen trafen das Land noch härter als der vorangegangene Krieg. «So schrecklich die Zeit des Krieges damals gewesen sei, heute» sagt Tahhan in einem Bericht von Bernd Duschner, der eine Hilfsaktion für das Krankenhaus initiiert hat, «würde die syrische Bevölkerung unvergleichlich mehr leiden.»⁵

Wirtschaftskrieg – was ist das?

Wirtschaftskriege gibt es, seit Staaten als wirtschaftliche Einheiten um Rohstoffquellen und Absatzmärkte konkurrieren, seit sich also die kapitalistische Produktionsweise durchgesetzt hat. In Wirtschaftskriegen wird zum einen versucht, konkurrierende oder gegnerische Staaten von der Zufuhr von Rohstoffen und Energieträgern abzuschneiden, unter Umständen auch die technologische Entwicklung durch Importverbote für bestimmte technische Komponenten zu behindern. Zum anderen will man durch Exportverbote die Produktivität drosseln und die Einnahme von Devisen schmälern, was wiederum den Einkauf von Rohstoffen, Energie und Technologie behindert. Zu solchen Massnahmen sind nur die jeweils wirtschaftlich stärkeren Staaten in der Lage. Deutsche «Friedensforscher» bestätigen in einem Papier, «dass Sanktionen ein Instrument sind, das auf Asymmetrie zwischen Sanktionierenden und Ziel angewiesen ist».⁶

Die USA halten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit 42 Prozent aller Sanktionen weltweit den Rekord an Sanktionsmassnahmen, gefolgt von der EU mit 12 Prozent.⁷ Die USA sind also quasi Weltmeister im Sanktionieren. Auch das bisher historisch längste Embargo gegen ein Land geht auf ihre Rechnung. Seit 1960 leidet Kuba unter wechselnden, mehr oder weniger umfassenden Handelsbeschränkungen. Dass die

UNO-Generalversammlung das Embargo schon x-mal mit überwältigender Mehrheit verurteilt hat, lässt die US-Administration kalt. Aufgrund ihrer bisher ungebrochenen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte und ihrer Dominanz in den Regulierungsinstanzen der Weltwirtschaft (IWF und Weltbank) bieten sich ihnen einmalige Möglichkeiten dazu. Jüngst konnten sie zum Beispiel Versicherungsgesellschaften veranlassen, Reedereien den Versicherungsschutz für den Transport russischer Exportgüter zu entziehen. Die westliche Allianz konnte 2022 russische Banken weitgehend vom internationalen Zahlungsverkehr ausschliessen, zumindest Transaktionen einschränken, indem sie Banken von dem standardisierten Nachrichtenverkehr für Finanztransaktionen ausschloss, den SWIFT gewährleistet, und das, obwohl die Russische Föderation einen Vertreter im Aufsichtsrat von SWIFT hatte.⁸ Die russische Wirtschaft sollte damit vom globalen Finanzsystem abgeschnitten und so isoliert werden. Schon zehn Jahre vorher hatte man iranische Finanzinstitutionen im Streit um das iranische Atomprogramm aus dem Zahlungssystem ausgeschlossen. In der Folge halbierten sich die Ölexporte des Landes, und der Aussenhandel insgesamt sank um dreissig Prozent. In einem reinen Wirtschaftskrieg wird der wirtschaftliche Ruin eines Landes angestrebt wie mit dem Embargo gegen Kuba oder die ökonomische Schwächung eines wirtschaftlichen Konkurrenten wie im Fall USA gegen China. Die Autoren Oermann und Wolff fassen in ihrem Buch über Wirtschaftskriege auch militärische Operationen mit wirtschaftspolitischen Zielen und wirtschaftliche Sanktionen zur Unterstützung militärischer Operationen unter den Begriff Wirtschaftskrieg.⁹ Die Sanktionen, die die westliche Allianz ab 2014 gegen die Russische Föderation verhängt hat, um die RF zu schwächen und die Verteidigung der Ukraine zu stärken, würden diesem erweiterten Begriff entsprechen. Historisch spezifischer ist ein enger Begriff von Wirtschaftskrieg, in dem es an und für sich um die Isolation und Schwächung der Wirtschaft eines Landes geht. Sonst würden auch britische Kaperfahrten im 17. Jahrhundert oder gar das Aushungern einer belagerten Stadt im Mittelalter unter den Begriff fallen. Heutige Wirtschaftskriege sind total, um nicht zu sagen totalitär, da sie meist mit der Demonstration militärischer Stärke, mit Feindbildkonstrukten, Bedrohungsnarrativen, ideologischen Auseinandersetzungen und Cyber-Krieg verbunden sind. Harald Kujat, General a. D. sagte im Januar 2023: «Der Ukrainekrieg ist nicht nur eine militärische Auseinandersetzung; er ist auch ein Wirtschafts- und ein Informationskrieg.»¹⁰

Sind Wirtschaftskriege legal oder zumindest legitim?

Wenn man das Kriegsvölkerrecht auf Wirtschaftskriege anwendet, dann wird deutlich, wie rechtlich fragwürdig, ja verbrecherisch sie sind. Kriegshandlungen sind nur zulässig in den von den Haager Abkommen, insbesondere von der Haager Landkriegsordnung 1907 gesetzten Grenzen. Die dort getroffenen völkerrechtlichen Vereinbarungen dienen unter anderem dem Schutz von Zivilpersonen. 1949 wurde diese mit dem Genfer Abkommen «über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten» nochmals normativ bekräftigt. Ein Zusatzprotokoll von 1977 verbietet Angriffe auf die Zivilbevölkerung auf dem Land, Terrorangriffe und Flächenbombardements, aber auch Repressalien. Artikel 52 schreibt vor: «1. Das Aushungern von Zivilpersonen als Mittel der Kriegsführung ist verboten» (Abs.2, Satz 1).¹¹ Ausserdem wird verboten, Anlagen zur Erzeugung von Nahrungsmitteln unbrauchbar zu machen.

Diese Bestimmungen lassen sich sinngemäss auf Wirtschaftskriege übertragen. Oermann und Wolff, die bei der rechtlichen Beurteilung eher zu einer grosszügigen Rechtsauslegung neigen, halten sie zumindest nach ethischen Massstäben wegen der unvermeidlichen «Verletzung der Immunität von Zivilisten» für bedenklich.¹² Wirtschaftliche Sanktionen treffen zwangsläufig (fast) immer die Zivilbevölkerung. Und in der Regel will man das, um ein politisches Regime zu destabilisieren, in der Erwartung, dass die Not zu Unruhen oder zur Abwahl der jeweiligen Regierung führt.¹³ Dass dieses Ziel nach allen bisherigen Erfahrungen verfehlt wird, steht auf einem anderen Blatt. Bei der Interdependenz der heutigen Weltwirtschaft ist nicht nur die Zivilbevölkerung des jeweiligen Landes durch Sanktionen gefährdet, die weltweiten Folgen sind nur schwer eingrenzbar.¹⁴ Zumindest bei einem rohstoffreichen Land wie der Russischen Föderation sind die Kollateralschäden für weite Teile der Weltbevölkerung unabsehbar. Zum Beispiel wurde durch die Sanktionen gegen Russland die Ernährungsunsicherheit in ärmeren Staaten aus mehreren Gründen verstärkt. Erstens konnte Russland zeitweise keinen Weizen exportieren. Dazu kam aber zweitens die Verknappung von Düngemitteln. Die war teils bedingt durch die Verteuerung von Erdgas, das zur Herstellung von Stickstoffdünger gebraucht wird, was die Einschränkung der Produktion veranlasste. Ausserdem reduzierte sich das Angebot von Phosphat und Kali. Russland hatte in der Vergangenheit rund zehn Prozent des Phosphatbedarfs auf dem Weltmarkt gedeckt. Die Welternährungsorganisation befürchtete Anfang 2023 spürbare Ernterückgänge in Ländern des globalen Südens.¹⁵ Nach Yaak Pabst haben die Sanktionen gegen die RF «dramatische Auswirkungen auf Arme und Lohnabhängige weltweit.»¹⁶

Generell destabilisieren umfassende Wirtschaftskriege die Weltwirtschaft. Für den US-Historiker Nicholas Mulder sind sie «zu einer Hauptquelle internationaler Instabilität geworden».¹⁷ Im Friedensgutachten 2022 geben die Wissenschaftler zu bedenken: «Obwohl viele Wirtschaftszweige sanktionierter Staaten weiterhin offenstehen, sind die Risiken und rechtlichen Unsicherheiten aus Sicht westlicher Unternehmen und Banken oft zu gross, so dass selbst unbedenkliche Geschäfte beendet werden.»¹⁸ Noch grössere Folgen haben das Einfrieren von Devisenreserven und der Ausschluss aus dem internationalen Zahlungssystem. Der Autor

Joachim Guilliard meint: «Wenn Devisenreserven eingefroren und Banken vom Interbankensystem ausgeschlossen werden können, wie es nun im Falle Russlands und zuvor für Venezuela, Iran und Afghanistan geschehen ist, kann sich kein Land mehr sicher fühlen.»¹⁹

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat deshalb in mehreren Resolutionen zum Ausdruck gebracht, dass wirtschaftliche Zwangsmassnahmen gegen das im Völkergewohnheitsrecht verankerte Interventionsverbot verstossen oder verstossen können.²⁰ Eigenmächtige, nicht von UN-Organen autorisierte Massnahmen stellen nach einer UN-Resolution von 2013 «eine eklatante Verletzung der Prinzipien des Völkerrechts sowie der Prinzipien des multilateralen Handelssystems dar». Die Verhängung von Sanktionen seitens der USA und der EU oder von welchem Staat immer ist rechtlich mehr als fragwürdig, weil sie dem UN-Sicherheitsrat vorbehalten sein sollte. Welche Strafmassnahmen der Sicherheitsrat verbindlich beschliessen kann, ist hauptsächlich in den Artikeln 41 und 42 der UN-Charta geregelt. Er kann «die vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen», aller Verkehrs- und Telekommunikationsverbindungen und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen vorschreiben.²¹

Sanktionen, die wie viele US-Sanktionen auf einen Regime Change abzielen, verstossen gegen das völkerrechtliche Interventionsverbot. Oermann und Wolff meinen in ihrer Publikation über Wirtschaftskriege zumindest, sie «dürften» dagegen verstossen.²² Die Autoren sind deutlich bemüht, die Politik des Westens nicht blosszustellen.

Sicher sind sich Oermann und Wolff, dass Sanktionen, die einen Staat dazu bringen sollen, die Menschenrechte zu beachten, zulässig sind. Das ist hoch problematisch. Denn dabei wird, wie innerhalb der westlichen Allianz üblich, ausgeblendet, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte zwei Kategorien von Menschenrechten kennt, nämlich politische und soziale Rechte. Und die werden innerhalb der Weltgemeinschaft unterschiedlich gewichtet. Kuba hat beispielsweise einen hohen Standard sozialer Rechte, unter anderem ein hervorragendes Bildungs- und Gesundheitswesen. Die USA rechtfertigen ihr Embargo mit der angeblichen Missachtung politischer Rechte oder bürgerlicher Freiheiten. So kommt es zu der Paradoxie, dass die Vereinigten Staaten mit ihrem unsozialen Bildungs- und Gesundheitssystem, ihrem Hire-and-Fire, einem defizitären Arbeitsrecht, einer hohen Armuts- und Obdachlosenquote Kuba wegen Verletzung der Menschenrechte sanktionieren.

Wirtschaftskriege zur Wiederherstellung des Rechts und für Regime Change

Die Generalversammlung der UNO hat insbesondere wirtschaftliche Zwangsmassnahmen gegen Entwicklungsländer verurteilt. 1991 hat sie den UN-Generalsekretär aufgefordert, «die Anwendung einseitiger wirtschaftlicher Zwangsmassnahmen gegen Entwicklungsländer durch einige Industrieländer zu unterbinden». Aber mehr als die Hälfte der EU- und auch der UN-Sanktionen zwischen 1991 und 2022 richteten sich gegen kleinere Länder auf dem afrikanischen Kontinent und im Nahen Osten.²³ Auf der Sanktionsliste des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle standen im April 2023 zwölf afrikanische Länder und acht Staaten, die man der Kategorie Entwicklungsländer zuordnen kann. In vielen Fällen handelt es sich um ein Embargo für militärische Güter oder militärisch relevante Güter, sogenannte Dual-Use-Güter, mit dem Ziel, kriegsrische Konflikte zwischen rivalisierenden Gruppen einzuschränken. Das mag häufig ein legitimes Vorhaben sein. Aber gerade bei diesen Ländern gilt in der Regel selbst für die Sanktionspraxis der Vereinten Nationen: «Immer noch werden Sanktionen ohne gründliche Analyse ihrer wahrscheinlichen Wirkungen verhängt.»²⁴

Das Problem lässt sich am Beispiel Burundi verdeutlichen. 2015 strebte der dortige Präsident unter Bruch der Verfassung und gegen breiten Protest eine dritte Amtszeit an. Massenproteste liess er niederschlagen. Tausende kamen um, andere wurden verschleppt oder inhaftiert. Hunderttausende ergriffen die Flucht. Dennoch erscheinen die Sanktionen diskussionswürdig, wenn man in Rechnung stellt, dass Burundi zu den allerärmsten Ländern der Welt zählt. Nachrichten aus dem Jahr 2017 waren alarmierend, weil der Devisenmangel, eine Folge der damaligen EU-Sanktionen, die Not nochmals verschärfte.²⁵ Der Präsident sass die wirtschaftlichen Einschränkungen aus. Er verstarb 2020.

Ähnlich verzwickelt stellt sich die Situation in Afghanistan seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 dar. Kein Zweifel, dass unter ihrer Herrschaft nicht nur die politischen, sondern auch die sozialen Menschenrechte missachtet werden.²⁶ Aber das Land leidet auch unter einer extremen Wirtschaftskrise, war vom wirtschaftlichen Kollaps bedroht. Es hat nicht nur das Regime einer korrupten Elite und vierzig Jahre Krieg, sondern auch mehrere Jahre Dürren hinter sich. Die humanitäre Lage war bereits katastrophal. Und nun haben die internationalen Sanktionen die Lage so verschärft, dass 97 Prozent der Menschen, also praktisch fast alle Afghanen, unter der Armutsgrenze leben. Im Januar 2022 stellte Emran Feroz im Deutschlandfunk fest: «Nach dem NATO-Abzug wurde das Land mit wirtschaftlichen Sanktionen, allen voran vonseiten der USA, überzogen. Der Grund: Man ist mit den neuen Machthabern und dem blamablen Ausgang des Krieges nicht zufrieden. Abgesehen von den milliardenhohen Hilfgeldern, die gestoppt wurden, hat Washington auch die afghanischen Staatsreserven im Ausland in Höhe von rund neun Milliarden US-Dollar einfrieren lassen.»²⁷

Die Geldknappheit beeinträchtigt auch die humanitäre Hilfe durch humanitäre Organisationen. Dabei sind nach Angaben der «Aktion gegen den Hunger» 24 Millionen der insgesamt 40 Millionen Afghanen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Viele können sich nicht ausreichend ernähren und sind von Hungersnot bedroht. Darunter fallen nahezu alle Haushalte, die von Frauen geführt werden.²⁸ Mit Rücksicht auf die katastrophale Lage hat die Weltbank 2022 das Storno bei der Finanzierung einiger Projekte in den Bereichen Lebensunterhalt und Gesundheit wieder rückgängig gemacht.

Syrien ist ein Land, das man bis 2011 noch eher der Gruppe der Schwellenländer zurechnen konnte, bevor es in einem Bürgerkrieg, in dem sich mehrere von aussen unterstützte Gruppierungen, darunter Terrororganisationen wie der Islamische Staat, einander bekämpften, in den Ruin getrieben wurde. Neben der Aufteilung des Landes – unter anderem hat die Regierung keinen Zugriff auf die fruchtbaren Böden und die Ölfelder im Nordosten – verhindern die Sanktionen eine wirtschaftliche Erholung. Die USA und EU berufen sich dabei auf die Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrats von 2015, in der Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition mit dem Ziel einer Verfassungsreform gefordert werden, die nicht vorankommen. Die wirtschaftlichen Strafmassnahmen von USA und EU werden aber laut der Autorin Karin Leukefeld weder vom UN-Sicherheitsrat noch von der Generalversammlung gebilligt.²⁹ Mehr als 15 Millionen von rund 22 Millionen Syrern oder 77 Prozent der Haushalte können nach Angaben des Amtes für die Koordination humanitärer Angelegenheiten der UNO ihre Grundbedürfnisse nicht sichern und benötigen Hilfe zum Lebensunterhalt. Die schon zitierte Leiterin eines Krankenhauses klagt, es gebe keinen Strom, kein Gas zum Kochen, keinen Brennstoff zum Heizen, kein Wasser, nicht genügend Essen. Strom liefere das öffentliche Netz selbst in der Hauptstadt täglich nur für zwei bis drei Stunden. Ihr Krankenhaus müsse sich mit Generatoren behelfen und zu horrenden Preisen Diesel auf dem Schwarzmarkt einkaufen. Dieses Geld fehle für den Kauf von Ausrüstung, von Medikamenten und für eine ausreichende Bezahlung des Personals. Es gebe nur jeden dritten Tag fliessendes Wasser und dies nur für zwei bis drei Stunden.

Die UN-Sonderberichterstatterin für die Folgen einseitiger wirtschaftlicher Strafmassnahmen hat im November 2022 die Aufhebung der Sanktionen gefordert, da sie zu dem Schluss gekommen war, dass sie den Wiederaufbau und die Stabilisierung des Landes blockieren und die Menschenrechte verletzen. Aber selbst nach dem verheerenden Erdbeben vom Februar 2023 wurden die Sanktionen nur zögernd gelockert. Die Ausnahmeregelungen sind unzureichend und entgegen einer Resolution des UN-Sicherheitsrats findet die Versorgung mit Hilfsgütern nicht Frontlinien überschreitend statt. Der grösste Teil der Hilfsgüter geht in die von der Türkei okkupierte und von Islamisten verwaltete Region Idlib. Die USA und EU wollen eine politische Stabilisierung verhindern. Ihr Ziel ist nach wie vor ein Regime Change.

Einen solchen haben auch die US- und EU-Sanktionen gegen Venezuela zum Ziel. Diese forderten nach Schätzungen des Centre for Economic and Policy Research (CEPR) bereits 2017/18 circa 40'000 Menschenleben.³⁰ Ende Februar 2023 hat US-Präsident Joe Biden die Exekutive Order 13692 verlängert, die Barack Obama im Jahr 2015 erlassen hatte. Seitdem wurden über 900 Zwangsmassnahmen gegen Venezuela verhängt, darunter verschiedene Finanz- und Handelssanktionen, die Geschäfte mit staatlichen venezolanischen Firmen verbieten, so auch mit der staatlichen Erdölgesellschaft. Biden teilte dem Kongress zur Begründung mit, Venezuela stelle «weiterhin eine ungewöhnliche und ausserordentliche Bedrohung für die nationale Sicherheit und die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten dar».³¹

Der Wirtschaftskrieg gegen die Russische Föderation

Am 6. März 2014 verhängten die USA und die EU die ersten Sanktionen gegen Russland im Hinblick auf das geplante Referendum über die Zuordnung der Krim, also ohne das Referendum abzuwarten und die politischen Vorgänge überprüfen zu wollen. Dass es sich um eine Sezession handeln könnte, wurde ausgeschlossen, obwohl die Vorgeschichte das glaubwürdig erscheinen lässt. Die Sanktionen trafen Personen und Unternehmen mit Kontaktbeschränkungen und dem Einfrieren von Vermögenswerten. Nach der Invasion beschloss die EU in Abstimmung mit den G7-Staaten innerhalb von nur fünf Tagen zwischen dem 23. und 28. Februar 2022 die ersten drei von bis heute zehn Sanktionspaketen. Die Massnahmen umfassen ein breites Spektrum von Individualsanktionen bis hin zu sektoralen Wirtschaftsbeschränkungen.³² Einen wichtigen Bestandteil bilden die Finanzsanktionen, insbesondere der schon erwähnte Ausschluss aus dem internationalen Zahlungssystem SWIFT. Schon mit dem ersten Sanktionspaket wurden sieben russische Banken von SWIFT ausgeschlossen. Die G7-Staaten setzten ausserdem die Auslandsreserven der RF im Wert von 300 Milliarden US-Dollar fest. Die Autoren Grauvogel und von Soest sprechen von einem «beispiellosen Akt». Das erklärte Ziel der Sanktionen, an die Adresse der RF gerichtet, ist die unverzügliche Einstellung der militärischen Handlungen. Die wirtschaftliche Schwächung der RF soll eine derartige militärische Schwächung herbeiführen, dass die Einstellung der Angriffe und günstigenfalls die Kapitulation erzwungen wird. Man will die Fähigkeit der RF einschränken, den Krieg zu finanzieren und auf dem technisch neuesten Stand zu führen.³³ Letzteres soll durch Importverbote für Dual-Use-Güter mit Hightech-Standard erreicht werden.

Der Wirtschaftskrieg gegen die RF hat bis zum Frühjahr 2023 zur Enttäuschung der westlichen Allianz nicht die angestrebten Effekte gezeitigt. Grauvogel und von Soest versuchen das etwas zu beschönigen, müssen

aber einräumen: «Die Russland-Sanktionen machen die Möglichkeiten und Grenzen dieses Mittels der Außenpolitik deutlich ...»³⁴ Sie erklären die moderate Wirksamkeit damit, dass «autoritäre Regierungen – trotz der Zwangsmassnahmen – häufig fest im Sattel sitzen». Was man nicht eingestehen will, das ist die relative Isolation der westlichen Allianz innerhalb der viel beschworenen «internationalen Gemeinschaft». Zwar hat die UN-Vollversammlung am 2. März 2022 mit einer Resolution den russischen Einmarsch in die Ukraine mit grosser Mehrheit verurteilt (141 Für-Stimmen, 5 Gegenstimmen, 35 Enthaltungen). Und die etwa gleiche Zustimmung fand im Oktober 2022 eine Resolution, mit der die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine gefordert wird.³⁵ Aber die Sanktionspolitik wird insbesondere von den Ländern des globalen Südens teils unterlaufen und offen missachtet oder wie zum Beispiel von Südafrika explizit abgelehnt.

Die üblichen volkswirtschaftlichen Messwerte (BIP, Inflationsrate) liegen für die RF bislang noch im grünen Bereich. Die Experten erwarten für 2023 eine Erholung von bisherigen Dämpfern des Wachstums.³⁶ Der Westen muss sogar befürchten, dass der Zwang zur Importsubstitution Russlands Autarkie stärkt. Wenn mehr im Land selbst hergestellt werden muss, würde die Abhängigkeit von Energieexporten, der Extraaktivismus, überwunden. Die Widerstandskraft der Wirtschaft verdankt sich vor allem der Zusammenarbeit mit der VR China, die schrittweise vertieft wird. Man hat mit den Sanktionen die Annäherung Russlands an China gefördert – ein unerwünschter Nebeneffekt, den die Experten ungern eingestehen. Die Offenheit der VR China für die Kooperation mit der RF ist verständlich, seit der kollektive Westen China als wirtschaftlichen Rivalen bekämpft. Das zum Hightech-Land aufgestiegene China im Bund mit dem rohstoffreichen Russland wird einen noch stärkeren Rivalen ergeben.

Sanktionen – bald eine Strategie von gestern?

Möglicherweise lernt der Westen aus seinen Erfahrungen. Die angestrebte Destabilisierung der RF wurde bisher nicht erreicht. Das Ziel eines Regime Change in Syrien und Venezuela wurde bisher verfehlt. Dass die wirtschaftlichen Sanktionen das Taliban-Regime erschüttern, ist mehr als unwahrscheinlich. Auch im Fall Iran ist das kaum zu erwarten. Der Westen handelt sich mit der Sanktionspolitik nur Unmut im Rest der Welt, teils sogar die Zuwendung zu China und Russland ein. Denn in Afrika, Asien und Lateinamerika hat man diese Politik, nach verschiedenen Statements und diplomatischen Offensiven zu urteilen, satt. Entweder haben die Menschen selbst Sanktionen erfahren oder mitbekommen, was Sanktionen in einem Land anrichten. Den Kolonialismus noch in Erinnerung und die Schuld knechtschaft durch IWF und Weltbank vor Augen, wollen sie nicht auch noch Sanktionen und die Folgen von Sanktionen erdulden. Aber es kann sein, dass eine Weltmacht im Abstieg unbelehrbar ist. Dann werden die USA und die EU in ihrem Gefolge auch in Zukunft Wirtschaftskriege führen. Im Kampf gegen die aufsteigende Wirtschaftsmacht China werden sie auf jeden Fall weiterhin zu wirtschaftspolitischen Massnahmen greifen.

Der Autor

Georg Auernheimer (Jg. 1939) hatte von 1972 bis 1995 eine Professur für Erziehungswissenschaft an der Universität Marburg und von 1995 bis zur Emeritierung im Jahr 2005 an der Universität Köln inne, wo er die Forschungsstelle Interkulturelle Studien mitbegründete. Nach 2005 hielt er einige Jahre Vorlesungen im Studiengang Global Studies der Universität Salzburg. Damit verbunden war seine Zuwendung zu politikwissenschaftlichen Themen und zur politischen Publizistik. Von ihm sind Bücher zur Globalisierung (2015, 2019), zu Fluchtursachen (2018), Identitätspolitik (2020) und Privatisierung (2021) erschienen.

Quellen und Anmerkungen:

1 Michael Holmes 2010, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article9783521/Der-vergessene-Krieg-gegen-Iraks-Zivilbevölkerung.html>

2 ebenda

3 Yaak Pabst: Der Sanktions-Bluff. In: der Freitag Nr.12 v. 23. 03. 23, S.10

4 Michael Holmes 2010

5 <https://www.nachdenkseiten.de/?p=90401> Im Fall Syriens wird die wirtschaftliche Not zusätzlich dadurch verschärft, dass wegen ihres Ölreichtums und der fruchtbaren Böden ökonomisch wertvolle Teile des Territoriums von den USA und der Türkei okkupiert oder von Sezession bedroht sind.

6 Friedensgutachten 2022, S.130; https://friedensgutachten.de/user/pages/02.2022/02.ausgabe/08.institutionelle-friedenssicherung/FGA2022_Kapitel%204.pdf

7 Yaak Pabst (2023) nach der Global Sanctions Data Base

8 Die Abkürzung SWIFT steht für Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication.

9 Nils Oermann u. Hans-Jürgen Wolff: Wirtschaftskriege. Geschichte und Gegenwart. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2020.

10 https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-1-vom-18-januar-2023.html#article_1460

11 Zit. nach Oermann u. Wolff 2020, S.77

12 Oermann u. Wolff 2020, S.71

13 Julia Grauvogel u. Christian v. Soest: Erfolg und Grenzen der Sanktionspolitik. In: ApuZ 73.Jg, 10-11/23 v. 06.03.23, S.38.

14 Oermann u. Wolff 2020, S.69

- 15 <https://www.spiegel.de/wirtschaft/duengemittelkrise-welternaehrungsorganisation-befuerchtet-grossflaechige-ernteausfaelle-a-272778a3-5b3e-4596-b3a0-a28af2b36935>
- 16 Y. Pabst, in: der Freitag Nr.12 v. 23. März 23
- 17 Zit. nach Joachim Guilliard: Keine „zivile“ Alternative. In: junge Welt v. 7./8. Jan. 23, S.13.
- 18 Friedensgutachten 2022, S.118, https://friedensgutachten.de/user/pages/02.2022/02.ausgabe/08.institutionelle-friedenssicherung/FGA2022_Kapitel%204.pdf
- 19 Joachim Guilliard: Wer ruiniert wen? In: junge Welt v. 2. März 23, S.13.
- 20 Oermann u. Wolff 2020, S.82
- 21 Oermann u. Wolff 2020, S.80
- 22 Oermann u. Wolff 2020, S.83f.
- 23 Grauvogel u. von Soest 2023, S.33
- 24 Bonn International Center for Concersion, https://www.bicc.de/sanctions/sanktionen_background_paper.pdf
- 25 <http://85.217.170.64/de/burundi-zwischen-gewalt-und-eu-sanktionen/a-38959118>
- 26 Matin Baraki: Afghanistan. Revolution, Intervention, 40 Jahre Krieg. Köln 2023.
- 27 <https://www.deutschlandfunkkultur.de/afghanistan-das-leid-der-bevoelkerung-100.html>
- 28 <https://www.aktiongegengedenghunger.de/presse/afghanistan-internationale-sanktionen-behindern-humanitaere-hilfe-am-5.4.22>
- 29 Karin Leukefeld: Gepeinigt von Sanktionen. In: junge Welt v. 27. Januar 23
- 30 Joachim Guilliard: Keine „zivile“ Alternative. In: junge Welt v. 7./8. Januar 2023
- 31 <https://amerika21.de/2023/03/262976/usa-venezuela-bedrohung-sicherheit>
- 32 Grauvogel u. von Soest 2023, S.33. Einen Überblick über die Sanktionen vermittelt eine Liste auf S.35.
- 33 Grauvogel u. von Soest 2023, S.36
- 34 Grauvogel u. von Soest 2023, S.39.
- 35 Kritische Kommentatoren rechnen vor, dass die nicht zustimmenden Staaten über 61 Prozent der Weltbevölkerung vertreten.
- 36 Siehe zum Beispiel: <https://ostexperte.de/zentralbank-umfrage-russlands-rezession-endet-2023/>
Quelle: <https://www.hintergrund.de/globales/kriege/wirtschaftskriege-nicht-zielfuehrend-destruktiv-meist-rechtswidrig/>

Introduction

V. Cultural Hegemony—Spreading False Narratives Conclusion

https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjbxw/202302/t20230220_11027664.html 1/5

MFA News, 24.03.23, 21:36 US Hegemony and Its Perils. US Hegemony and Its Perils

2023-02-20 16:28. US Hegemony and Its Perils. February 2023. ContentsIntroduction

I. Political Hegemony—Throwing Its Weight Around. II. Military Hegemony—Wanton Use of Force

III. Economic Hegemony—Looting and Exploitation/hjnb .IV. Technological Hegemony—Monopoly and Suppression

Since becoming the world's most powerful country after the two world wars and the Cold War, the United States has acted more boldly to interfere in the internal affairs of other countries, pursue, maintain and abuse hegemony, advance subversion and infiltration, and willfully wage wars, bringing harm to the international community.

The United States has developed a hegemonic playbook to stage "color revolutions," instigate regional disputes, and even directly launch wars under the guise of promoting democracy, freedom and human rights. Clinging to the Cold War mentality, the United States has ramped up bloc politics and stoked conflict and confrontation. It has overstretched the concept of national security, abused export controls and forced unilateral sanctions upon others. It has taken a selective approach to international law and rules, utilizing or discarding them as it sees fit, and has sought to impose rules that serve its own interests in the name of upholding a "rules-based international order."

This report, by presenting the relevant facts, seeks to expose the U.S. abuse of hegemony in the political, military, economic, financial, technological and cultural fields, and to draw greater international attention to the perils of the U.S. practices to world peace and stability and the well-being of all peoples.

I. Political Hegemony -- Throwing Its Weight Around

The United States has long been attempting to mold other countries and the world order with its own values and political system in the name of promoting democracy and human rights.

Instances of U.S. interference in other countries' internal affairs abound. In the name of "promoting democracy," the United States practiced a "Neo-Monroe Doctrine" in Latin America, instigated "color revolutions" in Eurasia, and orchestrated the "Arab Spring" in West Asia and North Africa, bringing chaos and disaster to many countries.

In 1823, the United States announced the Monroe Doctrine. While touting an "America for the Americans," what it truly wanted was an "America for the United States."

Since then, the policies of successive U.S. governments toward Latin America and the Caribbean Region have been riddled with political interference, military intervention and regime subversion. From its 61-year hostility toward and blockade of Cuba to its overthrow of the Allende government of Chile, U.S. policy on this region has been built on one maxim—those who submit will prosper; those who resist shall perish.

The year 2003 marked the beginning of a succession of "color revolutions" -- the "Rose Revolution" in Georgia, the "Orange Revolution" in Ukraine and the "Tulip Revolution" in Kyrgyzstan. The U.S. Department of State openly admitted playing a "central role" in these "regime changes." The United States also interfered in Home

The Ministry, Policies and Activities, Press and Media Service, Countries and Regions, About China ,Resources

24.03.23, 21:36 US Hegemony and Its Perils

https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjbxw/202302/t20230220_11027664.html 2/5

the internal affairs of the Philippines, ousting President Ferdinand Marcos Sr. in 1986 and President Joseph Estrada in 2001 through the so-called "People Power Revolutions."

In January 2023, former U.S. Secretary of State Mike Pompeo released his new book *Never Give an Inch: Fighting for the America I Love*. He revealed in it that the United States had plotted to intervene in Venezuela. The plan was to force the Maduro government to reach an agreement with the opposition, deprive Venezuela of its ability to sell oil and gold for foreign exchange, exert high pressure on its economy, and influence the 2018 presidential election.

The U.S. exercises double standards on international rules. Placing its self-interest first, the United States has walked away from international treaties and organizations, and put its domestic law above international law. In April 2017, the Trump administration announced that it would cut off all U.S. funding to the United Nations Population Fund (UNFPA) with the excuse that the organization "supports, or participates in the management of a program of coercive abortion or involuntary sterilization." The United States quit UNESCO twice in 1984 and 2017. In 2017, it announced leaving the Paris Agreement on climate change. In 2018, it announced its exit from the UN Human Rights Council, citing the organization's "bias" against Israel and failure to protect human rights effectively. In 2019, the United States announced its withdrawal from the Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty to seek unfettered development of advanced weapons. In 2020, it announced pulling out of the Treaty on Open Skies.

The United States has also been a stumbling block to biological arms control by opposing negotiations on a verification protocol for the Biological Weapons Convention (BWC) and impeding international verification of countries' activities relating to biological weapons. As the only country in possession of a chemical weapons stockpile, the United States has repeatedly delayed the destruction of chemical weapons and remained reluctant in fulfilling its obligations. It has become the biggest obstacle to realizing "a world free of chemical weapons."

The United States is piecing together small blocs through its alliance system. It has been forcing an "Indo-Pacific Strategy" onto the Asia-Pacific region, assembling exclusive clubs like the Five Eyes, the Quad and AUKUS, and forcing regional countries to take sides. Such practices are essentially meant to create division in the region, stoke confrontation and undermine peace.

The U.S. arbitrarily passes judgment on democracy in other countries, and fabricates a false narrative of "democracy versus authoritarianism" to incite estrangement, division, rivalry and confrontation. In December 2021, the United States hosted the first "Summit for Democracy," which drew criticism and opposition from many countries for making a mockery of the spirit of democracy and dividing the world. In March 2023, the United States will host another "Summit for Democracy," which remains unwelcome and will again find no support.

II. Military Hegemony -- Wanton Use of Force

The history of the United States is characterized by violence and expansion. Since it gained independence in 1776, the United States has constantly sought expansion by force: it slaughtered Indians, invaded Canada, waged a war against Mexico, instigated the American-Spanish War, and annexed Hawaii. After World War II, the wars either provoked or launched by the United States included the Korean War, the Vietnam War, the Gulf War, the Kosovo War, the War in Afghanistan, the Iraq War, the Libyan War and the Syrian War, abusing its military hegemony to pave the way for expansionist objectives. In recent years, the U.S. average annual military budget has exceeded 700 billion U.S. dollars, accounting for 40 percent of the world's total, more than the 15 countries behind it combined. The United States has about 800 overseas military bases, with 173,000 troops deployed in 159 countries.

According to the book *America Invades: How We've Invaded or been Militarily Involved with almost Every Country on Earth*, the United States has fought or been militarily involved with almost all the 190-odd countries recognized by the United Nations with only three exceptions. The three countries were "spared" because the United States did not find them on the map.

As former U.S. President Jimmy Carter put it, the United States is undoubtedly the most warlike nation in the history of the world. According to a Tufts University report, "Introducing the Military Intervention Project: A new Dataset on U.S. Military Interventions, 1776-2019," the United States undertook nearly 400 military interventions globally between those years, 34 percent of which were in Latin America and the Caribbean, 23 percent in East Asia and the Pacific, 14 percent in the Middle East and North Africa, and 13 percent in

Europe. Currently, its military intervention in the Middle East and North Africa and sub-Saharan Africa is on the rise.

Alex Lo, a South China Morning Post columnist, pointed out that the United States has rarely distinguished between diplomacy and war since its founding. It overthrew democratically elected governments in many developing countries in the 20th century and immediately replaced them with pro-American puppet-regimes. Today, in Ukraine, Iraq, Afghanistan, Libya, Syria, Pakistan and Yemen, the United States is repeating its old tactics of waging proxy, low-intensity, and drone wars.

U.S. military hegemony has caused humanitarian tragedies. Since 2001, the wars and military operations launched by the United States in the name of fighting terrorism have claimed over 900,000 lives with some 335,000 of them civilians, injured millions and displaced tens of millions. The 2003 Iraq War resulted in some 200,000 to 250,000 civilian deaths, including over 16,000 directly killed by the U.S. military, and left more than a million homeless.

The United States has created 37 million refugees around the world. Since 2012, the number of Syrian refugees alone has increased tenfold. Between 2016 and 2019, 33,584 civilian deaths were documented in the Syrian fightings, including 3,833 killed by U.S.-led coalition bombings, half of them women and children. The Public Broadcasting Service (PBS) reported on 9 November 2018 that the air strikes launched by U.S. forces on Raqqa alone killed 1,600 Syrian civilians.

The two-decades-long war in Afghanistan devastated the country. A total of 47,000 Afghan civilians and 66,000 to 69,000 Afghan soldiers and police officers unrelated to the September 11 attacks were killed in U.S. military operations, and more than 10 million people were displaced. The war in Afghanistan destroyed the foundation of economic development there and plunged the Afghan people into destitution. After the "Kabul debacle" in 2021, the United States announced that it would freeze some 9.5 billion dollars in assets belonging to the Afghan central bank, a move considered as "pure looting."

In September 2022, Turkish Interior Minister Suleyman Soylu commented at a rally that the United States has waged a proxy war in Syria, turned Afghanistan into an opium field and heroin factory, thrown Pakistan into turmoil, and left Libya in incessant civil unrest. The United States does whatever it takes to rob and

24.03.23, 21:36 US Hegemony and Its Perils

https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjbxw/202302/t20230220_11027664.html 3/5

enslave the people of any country with underground resources.

The United States has also adopted appalling methods in war. During the Korean War, the Vietnam War, the Gulf War, the Kosovo War, the War in Afghanistan and the Iraq War, the United States used massive quantities of chemical and biological weapons as well as cluster bombs, fuel-air bombs, graphite bombs and depleted uranium bombs, causing enormous damage on civilian facilities, countless civilian casualties and lasting environmental pollution.

III. Economic Hegemony -- Looting and Exploitation

After World War II, the United States led efforts to set up the Bretton Woods System, the International Monetary Fund and the World Bank, which, together with the Marshall Plan, formed the international monetary system centered around the U.S. dollar. In addition, the United States has also established institutional hegemony in the international economic and financial sector by manipulating the weighted voting systems, rules and arrangements of international organizations including "approval by 85 percent majority," and its domestic trade laws and regulations. By taking advantage of the dollar's status as the major international reserve currency, the United States is basically collecting "seigniorage" from around the world; and using its control over international organizations, it coerces other countries into serving America's political and economic strategy.

The United States exploits the world's wealth with the help of "seigniorage." It costs only about 17 cents to produce a 100 dollar bill, but other countries had to pony up 100 dollar of actual goods in order to obtain one. It was pointed out more than half a century ago, that the United States enjoyed exorbitant privilege and deficit without tears created by its dollar, and used the worthless paper note to plunder the resources and factories of other nations.

The hegemony of U.S. dollar is the main source of instability and uncertainty in the world economy. During the COVID-19 pandemic, the United States abused its global financial hegemony and injected trillions of dollars into the global market, leaving other countries, especially emerging economies, to pay the price. In 2022, the Fed ended its ultra-easy monetary policy and turned to aggressive interest rate hike, causing turmoil in the international financial market and substantial depreciation of other currencies such as the Euro, many of which dropped to a 20-year low. As a result, a large number of developing countries were challenged by high inflation, currency depreciation and capital outflows. This was exactly what Nixon's secretary of the treasury John Connally once remarked, with self-satisfaction yet sharp precision, that "the dollar is our currency, but it is your problem."

With its control over international economic and financial organizations, the United States imposes additional conditions to their assistance to other countries. In order to reduce obstacles to U.S. capital inflow and speculation, the recipient countries are required to advance financial liberalization and open up

financial markets so that their economic policies would fall in line with America's strategy. According to the Review of International Political Economy, along with the 1,550 debt relief programs extended by the IMF to its 131 member countries from 1985 to 2014, as many as 55,465 additional political conditions had been attached.

The United States willfully suppresses its opponents with economic coercion. In the 1980s, to eliminate the economic threat posed by Japan, and to control and use the latter in service of America's strategic goal of confronting the Soviet Union and dominating the world, the United States leveraged its hegemonic financial power against Japan, and concluded the Plaza Accord. As a result, Yen was pushed up, and Japan was pressed to open up its financial market and reform its financial system. The Plaza Accord dealt a heavy blow to the growth momentum of the Japanese economy, leaving Japan to what was later called "three lost decades."

America's economic and financial hegemony has become a geopolitical weapon. Doubling down on unilateral sanctions and "long-arm jurisdiction," the United States has enacted such domestic laws as the International Emergency Economic Powers Act, the Global Magnitsky Human Rights Accountability Act, and the Countering America's Adversaries Through Sanctions Act, and introduced a series of executive orders to sanction specific countries, organizations or individuals. Statistics show that U.S. sanctions against foreign entities increased by 933 percent from 2000 to 2021. The Trump administration alone has imposed more than 3,900 sanctions, which means three sanctions per day. So far, the United States had or has imposed economic sanctions on nearly 40 countries across the world, including Cuba, China, Russia, the DPRK, Iran and Venezuela, affecting nearly half of the world's population. "The United States of America" has turned itself into "the United States of Sanctions." And "long-arm jurisdiction" has been reduced to nothing but a tool for the United States to use its means of state power to suppress economic competitors and interfere in normal international business. This is a serious departure from the principles of liberal market economy that the United States has long boasted.

IV. Technological Hegemony -- Monopoly and Suppression

The United States seeks to deter other countries' scientific, technological and economic development by wielding monopoly power, suppression measures and technology restrictions in high-tech fields.

The United States monopolizes intellectual property in the name of protection. Taking advantage of the weak position of other countries, especially developing ones, on intellectual property rights and the institutional vacancy in relevant fields, the United States reaps excessive profits through monopoly. In 1994, the United States pushed forward the Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (TRIPS), forcing the Americanized process and standards in intellectual property protection in an attempt to solidify its monopoly on technology.

In the 1980s, to contain the development of Japan's semiconductor industry, the United States launched the "301" investigation, built bargaining power in bilateral negotiations through multilateral agreements, threatened to label Japan as conducting unfair trade, and imposed retaliatory tariffs, forcing Japan to sign the U.S.-Japan Semiconductor Agreement. As a result, Japanese semiconductor enterprises were almost completely driven out of global competition, and their market share dropped from 50 percent to 10 percent. Meanwhile, with the support of the U.S. government, a large number of U.S. semiconductor enterprise took the opportunity and grabbed larger market share.

The United States politicizes, weaponizes technological issues and uses them as ideological tools. Overstretching the concept of national security, the United States mobilized state power to suppress and sanction Chinese company Huawei, restricted the entry of Huawei products into the U.S. market, cut off its supply of chips and operating systems, and coerced other countries to ban Huawei from undertaking local 5G network construction. It even talked Canada in to unwarrantedly detaining Huawei's CFO Meng Wanzhou for nearly three years.

24.03.23, 21:36 US Hegemony and Its Perils

https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjbxw/202302/t20230220_11027664.html 4/5

The United States has fabricated a slew of excuses to clamp down on China's high-tech enterprises with global competitiveness, and has put more than 1,000 Chinese enterprises on sanction lists. In addition, the United States has also imposed controls on biotechnology, artificial intelligence and other high-end technologies, reinforced export restrictions, tightened investment screening, suppressed Chinese social media apps such as TikTok and WeChat, and lobbied the Netherlands and Japan to restrict exports of chips and related equipment or technology to China.

The United States has also practiced double standards in its policy on China-related technological professionals. To sideline and suppress Chinese researchers, since June 2018, visa validity has been shortened for Chinese students majoring in certain high-tech-related disciplines, repeated cases have occurred where Chinese scholars and students going to the United States for exchange programs and study were unjustifiably denied and harassed, and large-scale investigation on Chinese scholars working in the United States was carried out.

The United States solidifies its technological monopoly in the name of protecting democracy. By building small blocs on technology such as the "chips alliance" and "clean network," the United States has put "democracy" and "human rights" labels on high-technology, and turned technological issues into political and ideological issues, so as to fabricate excuses for its technological blockade against other countries. In May 2019, the United States enlisted 32 countries to the Prague 5G Security Conference in the Czech Republic and issued the Prague Proposal in an attempt to exclude China's 5G products. In April 2020, then U.S. Secretary of State Mike Pompeo announced the "5G clean path," a plan designed to build technological alliance in the 5G field with partners bonded by their shared ideology on democracy and the need to protect "cyber security." The measures, in essence, are the U.S. attempts to maintain its technological hegemony through technological alliances.

The United States abuses its technological hegemony by carrying out cyber attacks and eavesdropping. The United States has long been notorious as an "empire of hackers," blamed for its rampant acts of cyber theft around the world. It has all kinds of means to enforce pervasive cyber attacks and surveillance, including using analog base station signals to access mobile phones for data theft, manipulating mobile apps, infiltrating cloud servers, and stealing through undersea cables. The list goes on.

U.S. surveillance is indiscriminate. All can be targets of its surveillance, be they rivals or allies, even leaders of allied countries such as former German Chancellor Angela Merkel and several French Presidents. Cyber surveillance and attacks launched by the United States such as "Prism," "Dirt box," "Irritant Horn" and "Telescreen Operation" are all proof that the United States is closely monitoring its allies and partners. Such eavesdropping on allies and partners has already caused worldwide outrage. Julian Assange, the founder of Wikileaks, a website that has exposed U.S. surveillance programs, said that "do not expect a global surveillance superpower to act with honor or respect. There is only one rule: there are no rules."

V. Cultural Hegemony -- Spreading False Narratives

The global expansion of American culture is an important part of its external strategy. The United States has often used cultural tools to strengthen and maintain its hegemony in the world.

The United States embeds American values in its products such as movies. American values and lifestyle are a tied product to its movies and TV shows, publications, media content, and programs by the government-funded non-profit cultural institutions. It thus shapes a cultural and public opinion space in which American culture reigns and maintains cultural hegemony. In his article *The Americanization of the World*, John Yemma, an American scholar, exposed the real weapons in U.S. cultural expansion: the Hollywood, the image design factories on Madison Avenue and the production lines of Mattel Company and Coca-Cola. There are various vehicles the United States uses to keep its cultural hegemony. American movies are the most used; they now occupy more than 70 percent of the world's market share. The United States skillfully exploits its cultural diversity to appeal to various ethnicities. When Hollywood movies descend on the world, they scream the American values tied to them.

American cultural hegemony not only shows itself in "direct intervention," but also in "media infiltration" and as "a trumpet for the world." U.S.-dominated Western media has a particularly important role in shaping global public opinion in favor of U.S. meddling in the internal affairs of other countries.

The U.S. government strictly censors all social media companies and demands their obedience. Twitter CEO Elon Musk admitted on 27 December 2022 that all social media platforms work with the U.S. government to censor content, reported Fox Business Network. Public opinion in the United States is subject to government intervention to restrict all unfavorable remarks. Google often makes pages disappear.

U.S. Department of Defense manipulates social media. In December 2022, *The Intercept*, an independent U.S. investigative website, revealed that in July 2017, U.S. Central Command official Nathaniel Kahler instructed Twitter's public policy team to augment the presence of 52 Arabic-language accounts on a list he sent, six of which were to be given priority. One of the six was dedicated to justifying U.S. drone attacks in Yemen, such as by claiming that the attacks were precise and killed only terrorists, not civilians. Following Kahler's directive, Twitter put those Arabic-language accounts on a "white list" to amplify certain messages. The United States practices double standards on the freedom of the press. It brutally suppresses and silences media of other countries by various means. The United States and Europe bar mainstream Russian media such as *Russia Today* and the *Sputnik* from their countries. Platforms such as Twitter, Facebook and YouTube openly restrict official accounts of Russia. Netflix, Apple and Google have removed Russian channels and applications from their services and appstores. Unprecedented draconian censorship is imposed on Russia-related contents.

The United States abuses its cultural hegemony to instigate "peaceful evolution" in socialist countries. It sets up news media and cultural outfits targeting socialist countries. It pours staggering amounts of public funds into radio and TV networks to support their ideological infiltration, and these mouthpieces bombard socialist countries in dozens of languages with inflammatory propaganda day and night.

The United States uses misinformation as a spear to attack other countries, and has built an industrial chain around it: there are groups and individuals making up stories, and peddling them worldwide to mislead public opinion with the support of nearly limitless financial resources.

Conclusion

24.03.23, 21:36 US Hegemony and Its Perils

https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjbxw/202302/t20230220_11027664.html 5/5

While a just cause wins its champion wide support, an unjust one condemns its pursuer to be an outcast. The hegemonic, domineering, and bullying practices of using strength to intimidate the weak, taking from others by force and subterfuge, and playing zero-sum games are exerting grave harm. The historical trends of peace, development, cooperation, and mutual benefit are unstoppable. The United States has been overriding truth with its power and trampling justice to serve self-interest. These unilateral, egoistic and regressive hegemonic practices have drawn growing, intense criticism and opposition from the international community.

Countries need to respect each other and treat each other as equals. Big countries should behave in a manner befitting their status and take the lead in pursuing a new model of state-to-state relations featuring dialogue and partnership, not confrontation or alliance. China opposes all forms of hegemonism and power politics, and rejects interference in other countries' internal affairs. The United States must conduct serious soul-searching. It must critically examine what it has done, let go of its arrogance and prejudice, and quit its hegemonic, domineering and bullying practices.

Suggest to a friend, Please enter E-mail Please enter keywords Related News: Drug Abuse in the United States. Gun Violence in the United States: Truth and Facts

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM**FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN**

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, **Fax** +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>

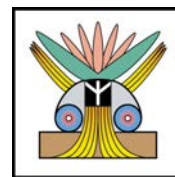


© FIGU 2023

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders
 angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
 wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
 -----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
 wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
 Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
 bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,
 Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz